



„Integrationsstrategie für den Rheingau-Taunus-Kreis“

gemäß Beschluss des Kreistages vom 06.12.2016

November 2016

Gliederung

I.	Einführung des Landrates	3
II.	Kommunale Ausgangslage und Rahmenbedingungen	5
	Vorbemerkung	5
II.1	Zahlen/Statistik	6
II.2	Integration und Strategie	6
II.3	Vorhandene Angebote und Strukturen	7
III.	Entwicklungsprozess im Beteiligungsverfahren	9
IV.	Integrationsstrategie – Ergebnisse	10
IV.1	Handlungsfelder – Kernpunkte	11
	<i>Arbeit und Beruf</i>	13
	<i>Wohnen und Gemeinwesen</i>	13
	<i>Bildung und Kultur</i>	14
	<i>Gesundheit</i>	15
IV.2	Querschnittsthemen	16
IV.2.1	<i>Weiterentwicklung der Strukturen</i>	16
IV.2.2	<i>Stärkung des Sozialen Friedens</i>	17
V.	Umsetzungswege für die Handlungsfelder	17
VI.	Zusammenfassung und Ausblick	21

Anhang

I. Einführung des Landrates

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

Ihnen liegt die erste Fassung des Entwurfes einer *Integrationsstrategie für den Rheingau-Taunus-Kreis* vor. Auf den folgenden Seiten finden Sie die (vorläufigen) Ergebnisse und den Entwicklungsprozess der Strategie dargelegt, die in den letzten sechs Monaten von mehreren hundert Mitwirkenden aus dem gesamten Kreisgebiet, aus Wirtschaft, Politik, Sport, Ehrenamt, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Institutionen, Kammern und Vereinen mit viel Leidenschaft, Engagement und vor allem einem breiten Fachwissen Stück für Stück erarbeitet wurde.

Ihnen allen möchte ich im Namen des Rheingau-Taunus-Kreises ganz herzlich für die herausragende Leistungsbereitschaft und vor allem Kontinuität in der Sache und in den Workshop-Runden danken. Und das Ergebnis kann sich sehen lassen! Die Art und Weise der Strategieentwicklung in einem konsequent für Alle offenen Beteiligungsverfahren sucht im bundesweiten Vergleich seinesgleichen. Mit der Strategie hat sich der Rheingau-Taunus-Kreis ein weiteres Mal ein klares Alleinstellungsmerkmal erarbeitet, das nun durch ein Dokumentationsprojekt des Deutschen Landkreistags (DLT) in der ganzen Republik bekannt gemacht wird und im positivsten Sinne bald seine Nachahmer finden soll.

Die Begeisterung in den jeweiligen Themen-Veranstaltungen hat für mich eines noch einmal verdeutlicht: Die Menschen im Rheingau-Taunus-Kreis haben die Relevanz und Tragweite der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen erkannt. Doch es bleibt eben gerade nicht nur beim Erkennen, sondern es wird darüber hinaus auch aktiv gehandelt.

Gerechtfertigte Bedenken zu Beginn der Flüchtlingsherausforderung haben sich in den Städten und Gemeinden nicht als Ängste verfestigt. Im Gegenteil: Sie haben zu einem einmaligen ehrenamtlichen Engagement geführt. Dies zu unterstützen und die dort Aktiven möglichst vor Überforderung zu bewahren ist auch Aufgabe der Kommunalpolitik.

Den dort haupt- und ehrenamtlich Tätigen, den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern und den Bürgermeistern möchte ich für die besonnene Einwirkung in ihren Städten und Gemeinden ebenfalls herzlich danken. Und das gilt explizit auch für das Land Hessen und den Bund, die den Willen bewiesen haben, die Kommunen mit Finanzmitteln und weiteren Unterstützungsleistungen begleiten zu wollen. Uns alle eint die Erkenntnis, dass eine solche Aufgabe nur gemeinsam gelöst werden kann.

Die Ansätze zur Aufgabenlösung haben im zurückliegenden Prozess eine bedeutungsvolle Entwicklung genommen, durch die sich die Mühe der Strategieentwicklung als gleich mehrfach lohnend beweist: War der Ausgangspunkt des Handlungsbedarfs durch die hohe Zahl der zu uns kommenden Menschen als Ausdruck der humanitären Verpflichtung noch sehr eng auf Flüchtlinge begrenzt, so wuchs während der Entwicklungsphase zusehends die Gewissheit, alle Handlungsfelder klar und deutlich zur Stärkung der gesamten Aufnahmegesellschaft bearbeiten zu müssen. Der vorliegend erarbeitete Entwurf einer nachhaltig angelegten Integrationsstrategie für den Rheingau-Taunus-Kreis richtet sich daher an alle Menschen im Rheingau-Taunus-Kreis.

Ob Wohnen, Bildung, Gesundheit, Kultur oder Arbeit: Der Anspruch der Integrationsstrategie im Rheingau-Taunus-Kreis ist es daher, Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen im Landkreis zu verbessern. Sie beinhaltet elementare Handlungsanweisungen für die Verbesserung der Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen.

Mit dieser Erkenntnis und den konkreten Umsetzungsideen der vorliegenden Integrationsstrategie ist damit ein erster Meilenstein gelegt worden. Die nächsten sollen folgen: weitere Finanzierung, Realisierung, Fortschreibung. Der Bedarf an theoretisch fundierten und praktisch umgesetzten Maßnahmen zur Gestaltung der Integration in unserem Landkreis wird nach meiner festen Überzeugung noch eine ganze Weile im Mittelpunkt stehen. Umso besser, dass wir von nun an nicht mehr nur als Zaungäste die Entwicklung beobachten, sondern gemeinsam gestalten.

Ihr

Burkhard Albers

II. Kommunale Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Vorbemerkung

Der mit dem Jahr 2014 einsetzende und kontinuierlich andauernde hohe Zustrom an geflüchteten Menschen nach Deutschland sowie der Umgang mit der für die Landkreise, Städte und Gemeinden von großen Herausforderungen geprägten Situation hat bundesweit zum Einen eine intensive und kontrovers geführte Debatte zur Aufnahme und dem Verbleib von Flüchtlingen mit sich gebracht, zum Anderen wurde eine tiefgehende Beschäftigung und Auseinandersetzung mit dem Thema *Integration* sowie den damit verbundenen Rahmenbedingungen neu angestoßen.

Bund, Länder, Landkreise und Kommunen sind dabei, Programme und Konzepte zu entwickeln, um die gesellschaftliche Teilhabe der Zuwanderinnen und Zuwanderer zu fördern und ihre Integration in die Gesellschaft zu unterstützen.

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat sich im Rahmen eines breit angelegten Beteiligungsverfahrens mit allen relevanten gesellschaftlichen und politischen Kräften auf den Weg gemacht, eine Integrationsstrategie für den Landkreis zu entwickeln. Die nachfolgend dargelegten Ausführungen stellen das Produkt des gemeinschaftlichen Zusammenwirkens dar und geben Auskunft zum Entwicklungsprozess und seinen Ergebnissen. Diese sollen im Rheingau-Taunus-Kreis nachhaltig verankert und umgesetzt werden.

Ein wertvolles Fundament für adäquates und zielgerichtetes Vorgehen für inklusives Handeln unter Einbindung und Berücksichtigung der Anliegen der einheimischen Bevölkerung ist zum Gemeinwohl aller im Landkreis lebenden Menschen gelegt.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung e. V. hat sich zudem der Untersuchung des Prozesses der Integration von Flüchtlingen angenommen und verweist darauf, „ Auch die bereits in Deutschland lebenden Bürger werden langfristig von der Zuwanderung profitieren und ein höheres Pro-Kopf-Einkommen erzielen.“¹

¹ DIW Wochenbericht Nr. 45.2015, *Integration von Flüchtlingen – eine langfristig lohnende Investition*, von Marcel Fratzscher und Simon Junker, S. 1083,

II.1 Zahlen und Statistik

Mit Stand 31.12.2015 entsprach das Bevölkerungsvolumen im Rheingau-Taunus-Kreis einer Anzahl von 184.114 Personen². Die Gesamtzahl der nichtdeutschen Einwohner/-innen (Personen mit einem ausländischen Pass) lag bei 19.274 Personen, das entspricht einem prozentualen Anteil von 10,5 %. Personen mit Migrationshintergrund³ werden in der Statistik nicht geführt. Legt man jedoch die Ergebnisse des Mikrozensus 2011⁴ zugrunde, der bundesweit für alle Länder, Kreise und ausgewählte Städte erstmals Datenmaterial zu Personen mit Migrationshintergrund erhoben hat und setzt diese Zahlen in das Verhältnis zu der nichtdeutschen Bevölkerung, so lässt sich daraus ein etwa doppelt so hoher Schätzfaktor ableiten. Für den Rheingau-Taunus-Kreis bedeutet dies: Bei etwa rund 20.000 nichtdeutschen Personen kann man unter Anwendung des Schätzfaktors „zwei“ (auf Basis des Mikrozensus 2011) insgesamt etwa 40.000 Personen mit Migrationshintergrund zugrunde legen, das sind gerundet 22 % Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Die Anzahl der Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge beläuft sich gemäß Auskunft des Fachdienstes *Migration* zum 13.10.2016 auf 2.688 Personen, davon sind etwa 2/3 männlichen und 1/3 weiblichen Geschlechts.

II.2 Integration und Strategie

An vielen Stellen wird in den Kommunen und der Kreisverwaltung zum Thema *Integration* in unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen und –zuständigkeiten gearbeitet. Zahlreiche Personen sind auf professioneller oder ehrenamtlicher Ebene involviert. Zum einheitlichen Verständnis sei hier auf die Definition des Duden⁵ zu *Integration* verwiesen: *Einbeziehung/Eingliederung in ein größeres Ganzes*, gesellschaftliche Teilhabe ist impliziert. Bedeutungsgleiche oder bedeutungsähnliche Wörter wie z. B. Verbundenheit⁶, Ganzheit,

² Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

³ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, „Bevölkerung nach Migrationsstatus regional, Ergebnisse des Mikrozensus 2011“, Definition *Personen mit Migrationshintergrund*, Vorwort S. 3: ... „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“

⁴ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, „Bevölkerung nach Migrationsstatus regional, Ergebnisse des Mikrozensus 2011“

⁵ <http://www.duden.de/rechtschreibung/Integration>

⁶ <http://www.duden.de/rechtschreibung/Integration>

Zusammenschluss verdeutlichen in diesem Zusammenhang die Wechselwirkung und Verwobenheit zwischen den Zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung. Die Definition des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sei hier ergänzend angeführt: *Integration ist ein langfristiger Prozess. Sein Ziel ist es, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Zuwanderern soll eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden. Sie stehen dafür in der Pflicht, Deutsch zu lernen sowie die Verfassung und die Gesetze zu kennen, zu respektieren und zu befolgen.*⁷

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und betrifft alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, gleich ob auf beruflicher, privater, nachbarschaftlicher oder anderer Ebene. Sie bedarf an Zeit und bringt Veränderungen mit sich.

Der hier vorgestellte Integrationsansatz ist folgerichtig als *Strategie* konzipiert, die auf langfristiges Wirken ausgerichtet ist und die Bedarfe und Herausforderungen berücksichtigt, die von den Vertreter/-innen aus dem Arbeits-, Bildungs-, Kultur-, Sozial- und Wirtschaftssektor sowie der politischen, verwaltungsinternen, professionellen und ehrenamtlichen Ebene während des Entwicklungsprozesses formuliert wurden, die den gemeinsam definierten fachspezifischen Zielen⁸ folgt und pragmatische Umsetzungswege aufzeigt. Gewinn und Nutzen für alle beteiligten Seiten werden im Blick gehalten und sowohl nachhaltiges als auch längerfristig ausgerichtetes Handeln bedacht.

Dabei sollen bereits vorhandene Angebote und Strukturen aller maßgeblich Beteiligten genutzt und/oder angepasst bzw. (weiter-) entwickelt werden und sinnvolle Neuerungen Raum erhalten. Die Herstellung von Transparenz und das Wissen voneinander sind daher unerlässlich und können in unterschiedlichen Formaten angegangen werden.

Der vorliegende Strategieentwurf soll, orientiert an realitätsbezogenen Erfordernissen, im Beteiligungsverfahren flexibel fortentwickelt werden.

II.3 Vorhandene Angebote und Strukturen

In diversen Handlungskontexten und mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen ist das Themenfeld *Migration, Flüchtlinge und Integration* im Landkreis präsent. In der

⁷<https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/function/glossar.html?nn=1363008&lv2=5831826&lv3=1504494>

⁸ 1. Workshopreihe des Rheingau-Taunus-Kreises, Dokumentation der Ergebnisse, Juli 2016

Kreisverwaltung sind die Fachdienste *Ausländerbehörde, Migration, Kommunales JobCenter, Jugendhilfe, Jugendförderung, Soziales, Gesundheitsverwaltung und Erziehungsberatung* beteiligt, ebenso das Büro *Sonderaufgaben Migration und Projektakquise*, das Büro für Gleichstellungsfragen und Frauenangelegenheiten sowie die Dezernentin für *Integration*.

Das Büro der WIR-Koordination arbeitet im Themenbereich *Interkulturelle Öffnung auf der Verwaltungsebene* und richtet gemäß Auftrag das Hauptaugenmerk auf die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten, die bereits länger im Rheingau-Taunus-Kreis leben und nicht den Status von Asylbewerber/-innen und Flüchtlingen einnehmen. Die *WIR-Koordination* wurde im Jahr 2014 eingerichtet; Personalmittel sowie Einzelmaßnahmen werden aus Mitteln des Landes Hessen gefördert.

An strukturellen Elementen sind in der Kreisverwaltung weiterhin die Gremien Lenkungsgruppe *Allianz der Menschlichkeit*, Interkommunale Arbeitsgruppe, Gremium *Flüchtlingsbetreuung* und Netzwerktreffen *Integration* zu benennen, denen unterschiedliche Akteur/-innen von innerhalb und außerhalb der Kreisverwaltung angehören.

Im Kontext *Asyl und Flüchtlinge* sind in den 17 Städten und Gemeinden des Rheingau-Taunus-Kreises hauptamtliche Ansprechpartner/-innen verankert. Ebenso sind in allen Kommunen ehrenamtlich organisierte Initiativen und eine Vielzahl an ehrenamtlich engagierten Personen zur Unterstützung und Hilfestellung für und mit den Zuwanderinnen und Zuwanderern aktiv. Zudem haben die Kommunen dem Landkreis Ansprechpartner/-innen für das ehrenamtliche Engagement benannt, die zum Teil direkt in der lokalen Kommunalverwaltung angesiedelt oder in Arbeitskreisen und Initiativen tätig sind. Patinnen und Paten leisten wertvolle Arbeit. Sportvereine spielen eine wichtige Rolle.

Eine maßgebliche Funktion nehmen die Integrationslotsinnen/-lotsen ein, die im Gemeinwesen bereits seit vielen Jahren als Multiplikatoren/-innen in die jeweiligen Migrantengemeinschaften und als Sprachmittler/-innen tätig sind. Sie unterstützen und begleiten Ratsuchende und vermitteln sie entsprechend ihrer Anliegen an die betreffende Fachstelle in ihrer Lotsenfunktion.

Angebote für die Zuwanderinnen und Zuwanderer werden in den Kommunen durch Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, das Kommunale JobCenter, die Agentur für Arbeit, ehrenamtlich Aktive, die Kammern, Volkshochschule, Integrationslotsinnen/-lotsen, Jugendhilfeträger, Internationaler Bund, Kirchen- und Wohlfahrtsverbände, Vereine,

Feuerwehr, Polizei, Kommunen, lokale Bündnisse, die Schulsozialarbeit, freie Träger wie Lebensraum, Lebenshilfe u. a. mehr umgesetzt. Unterschiedliche Sprachförderangebote nehmen großen Raum ein.

III. Entwicklungsprozess im Beteiligungsverfahren

Das Integrationsgeschehen birgt für die Landkreise und Kommunen große Herausforderungen und macht umfangreiche und besondere Anstrengungen erforderlich, um adäquate und zielführende Lösungen im Zusammenspiel mit allen wesentlichen Akteurinnen und Akteuren zu identifizieren und umzusetzen.

Integration ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe, die Entwicklung einer Strategie im Beteiligungsverfahren bildet daher eine konsequent daraus resultierende Verfahrensweise ab, der der Rheingau-Taunus-Kreis gefolgt ist.

Mit der Steuerung des Prozesses wurde eine von Herrn Landrat Burkhard Albers eingesetzte Arbeitsgruppe betraut, die die Entwicklung der Integrationsstrategie auf Fachebene begleitet. Die Moderation und Dokumentation der im Rahmen des Entwicklungsprozesses durchgeführten Veranstaltungen und Workshops wurde dem Imap-Institut übertragen, einer Fachinstitution, die langjährige Expertisen in der Beratung von öffentlichen Institutionen und Unternehmen zu Change-Prozessen aufweisen kann und sich auf die wechselseitige Beziehung zwischen Veränderung und Kultur konzentriert. *Kultur* wird dabei auf der Team- und Organisationsebene betrachtet. In unterschiedlichen Zusammenhängen ist das Imap-Institut zudem für die Hessische Landesregierung tätig.

Der Entwicklungsprozess zielte darauf ab, einen lebendigen und offenen Diskussionsprozess zu führen, die Förderung des sozialen Friedens und des sozialen Miteinanders im Blick zu halten, bestehende Netzwerkkontakte zu nutzen, neue Verbindungen aufzubauen und aus den formulierten realistischen Zielen und Vorschlägen an Aktivitäten und Maßnahmen eine Integrationsstrategie zu begründen, die nachhaltig darauf hinwirkt, *Hilfe zur Selbsthilfe* zu fördern, von der alle Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, gleichermaßen profitieren und die umfassende gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Der Entwicklungsprozess untergliederte sich in die folgenden Sequenzen:

<p>Auftaktveranstaltung am 18. Mai 2016 In angebotenen Foren haben die Teilnehmer/-innen Vorstellungen, Interessen und angestrebte Ziele benannt und festgehalten.</p>
<p>Aufbereitung und Verdichtung der Ergebnisse und Versendung in die Breite Vorbereitung Workshops erste Phase für die Handlungsfelder Arbeit und Beruf, Wohnen und Gemeinwesen, Bildung und Kultur, Gesundheit</p>
<p>Erste Workshopreihe 05.07., 06.07., 12.07., 16.07.2016 Reflexion und Vervollständigung der Ergebnisse der Auftaktveranstaltung, themenbezogene Bestandsaufnahme, Erweiterung des Handlungsspektrums, Ergänzung und Priorisierung der Zielsetzungen</p>
<p>Dokumentation der Ergebnisse und Versendung in die Breite Vorbereitung Workshops zweite Phase für die Handlungsfelder Arbeit und Beruf, Wohnen und Gemeinwesen, Bildung und Kultur, Gesundheit</p>
<p>Zweite Workshopreihe 31.08., 07.09., 08.09., 13.09.2016 Entwicklung möglicher Umsetzungsprojekte in den unterschiedlichen Handlungsfeldern, Möglichkeit der Erarbeitung ergänzender Ziele und Maßnahmen bezüglich Strukturen der Integrationsarbeit, Sozialer Frieden</p>
<p>Dokumentation der Ergebnisse und Versendung in die Breite</p>
<p>Zusammenführung der Ergebnisse aus der Auftaktveranstaltung und den Workshops in eine Gesamtstrategie Versendung in die Breite mit der Bitte um Rückmeldung</p>
<p>Einarbeitung der Rückmeldungen aus dem Beteiligungsverfahren in das Strategiepapier Einreichen der Integrationsstrategie auf den Gremienweg der Kreisorgane zur Beschlussfassung im Kreistag</p>
<p>Veranstaltung zur Präsentation der Integrationsstrategie am 30. November 2016 Herr Landrat Burkhard Albers und alle Akteurinnen und Akteure</p>

IV. Integrationsstrategie - Ergebnisse

Ein lebendiger, offener und zielgerichteter Prozess wurde mit der Auftaktveranstaltung am 18. Mai 2016 in der Kreisstadt Bad Schwalbach angestoßen, die ein breit gestreutes Publikum aus den oben bereits angeführten Personenkreisen erreichen konnte. Die Weiterarbeit in den folgenden Workshoprunden war gekennzeichnet durch Engagement und Verantwortungsbewußtsein aller Beteiligten für die gemeinsame Sache und strahlte über den gesamten Entwicklungsprozess hinweg.

Hilfreich für die Umsetzung der avisierten Zielsetzungen ist das vom Rheingau-Taunus-Kreis formulierte Leitbild zur *Willkommens-Kultur*⁹, das am 11.07.2016 vom Kreistag

⁹ siehe www.rheingau-taunus.de

verabschiedet wurde. Das Leitbild wurde vom Gremium *Lenkungsgruppe Allianz der Menschlichkeit* auf den Weg gebracht: ihm gehören die politischen Vertretungen der Kreistagsfraktionen, die Wohlfahrtsverbände, Kammern und Kreishandwerkerschaft, die Dezernentin für Integration, das Büro für Gleichstellungsfragen und Frauenangelegenheiten sowie die kreisinternen Fachbereichsleitungen, der Fachdienst *Migration* sowie das Büro *Sonderaufgaben Migration und Projektakquise* an. Das Leitbild wurde ebenso in die Interkommunale Arbeitsgruppe als auch in das Gremium *Flüchtlingsbetreuung* gespiegelt.

Die Ergebnisse aus dem Entwicklungsprozess machen die große Aufgabe deutlich, der sich der Rheingau-Taunus-Kreis in gemeinsamer Verantwortung mit allen Akteurinnen und Akteuren, gleich in welcher Funktion, zu stellen hat. Damit ist ebenso das Wissen um einen längeren Prozess erfasst, der das gesellschaftliche und politische Handeln in den nächsten Jahren nachhaltig beschäftigen wird. Konkretisierte strategische Planung ist erforderlich.

Eine Vielzahl an Bedarfen und Herausforderungen, gemeinsam abgeleiteten Zielsetzungen, Ideen für Maßnahmen als auch pragmatischen Umsetzungswegen in Form von handhabbaren Umsetzungsideen wurden im Rahmen der Auftaktveranstaltung als auch der Workshoprunden zu den Schwerpunkten *Arbeit und Beruf, Wohnen und Gemeinwesen, Bildung und Kultur* sowie *Gesundheit* von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern benannt. In den untenstehenden Ausführungen soll auf die Kernpunkte näher eingegangen werden.

IV.1 Handlungsfelder - Kernpunkte

Die Beiträge der Mitwirkenden konzentrierten sich auf diejenigen Anliegen, auf deren Umsetzung sie tatsächlich hinarbeiten können, gleichwohl wurden vereinzelt auch Aussagen getroffen, die sich an Adressaten wie Bund, Land oder andere übergeordnete Instanzen richten (Gesetzgebung, Anforderungen an Berufsbilder, ...).

Die Handlungsfelder *Arbeit und Beruf, Wohnen und Gemeinwesen, Bildung und Kultur* sowie *Gesundheit* spiegeln die wesentlichen Themen wider, die auf das Leben aller Menschen in der Gesellschaft maßgeblichen Einfluss nehmen und ihr Dasein bestimmen. Dementsprechend sind sie als Schwerpunktsetzungen für die Entwicklung und Umsetzung einer nachhaltigen Integrationsstrategie im Rheingau-Taunus-Kreis platziert.

Die *Weiterentwicklung der Strukturen* sowie die *Stärkung des Sozialen Friedens* werden als erforderliche Rahmenbedingungen und Voraussetzung für gelingendes Integrationswirken angesehen.

Wesentliche Kernpunkte sind untenstehend aufgeführt, die detaillierten Aufstellungen sind den Dokumentationen¹⁰ zu den Ergebnissen der Auftaktveranstaltung sowie den Workshoprunden zu entnehmen.

Eine große Anzahl an beeindruckenden, wertvollen Ideen und Vorhaben ist zusammengetragen worden, die sich aufdrängen, in Angriff genommen zu werden. Auch sind bereits in die Wege geleitete Aktivitäten benannt, die das Ziel einer nachhaltigen Integration anstreben und unterstützen.

Stets im Blick dabei steht das Gemeinwohl und die Einbindung der Gesamtbevölkerung: Konzepte und Modelle zur Integration und gesellschaftlichen Teilhabe von Zuwanderinnen und Zuwanderern können gewinnbringend im Rahmen des wechselseitigen Zusammenwirkens jedes Einzelnen greifen, das heißt Zugewanderte, Einheimische und Migrantinnen und Migranten, die bereits länger im Rheingau-Taunus-Kreis ansässig sind.

Die im Entwicklungsprozess erarbeiteten Aspekte lassen sich den übergeordneten Kategorien

- **Strukturanpassungen,**
- **Kooperationen: klare Kommunikation, Abgrenzung und Verständnis der Rolle und Aufgabe aller im Integrationsprozess beteiligten Personen – Vermeidung von Parallelstrukturen**
- **Information und Wissensvermittlung – Transparenz,**
- **Pragmatische Umsetzungswege (Projektansätze),**
- **Bedarf an personellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen,**

zuordnen. Die themenspezifischen Ausrichtungen sind nachfolgend geschildert.

¹⁰ Imap GmbH: Integrationskonferenz des Rheingau-Taunus-Kreises, Aufbereitung der Ergebnisse, 06. Juni 2016
1. Workshopreihe des Rheingau-Taunus-Kreises, Dokumentation der Ergebnisse, Juli 2016
2. Workshopreihe des Rheingau-Taunus-Kreises, Dokumentation der Ergebnisse, Sept. 2016

Arbeit und Beruf

Im Themenfeld *Arbeit und Beruf* bezogen sich die Kernpunkte zum Einen auf den Bereich der frühzeitigen und strukturierten Ermittlung des Bildungsstandes und der Fähigkeiten der zugewanderten Menschen als Voraussetzung für eine gelingende Förderung und Vermittlung in Ausbildung und Arbeit. Zum Anderen setzten sich die Beteiligten mit den Themen *Schaffung von spezifischen Ausbildungsangeboten und Programmen, Arbeitserprobungsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen* auseinander. Als weiterer wichtiger Punkt wurde die Verbesserung des Vermittlungsprozesses herausgestellt.

Wesentliche Kernpunkte an Handlungsbedarfen, die formuliert wurden:

- Kompetenz- und Qualifikationsfeststellung – Fähigkeiten erkennen und fördern
- Informationen über Möglichkeiten am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bereitstellen/vermitteln
- Mit Arbeitgebern kooperieren
- Arbeitserprobungen ermöglichen und durchführen
- Personen aktivieren
- Bei der Arbeitsvermittlung unterstützen
- Arbeitsvermittlung unbürokratisch umsetzen
- Angebote, spezielle Programme und Ausbildung für junge Männer 20+/
junge Menschen entwickeln
- Arbeiten mit geringer/ohne Sprachqualifikation ermöglichen
- Arbeitsfähigkeit durch Ausbau von Sozialkompetenzen fördern
- Mehr Arbeitsplätze schaffen

Die angeführten Punkte sind mit zahlreichen konkretisierten Ideen der Teilnehmer/-innen¹¹ in den Dokumentationen unterfüttert.

Wohnen und Gemeinwesen

Die im Bereich *Wohnen und Gemeinwesen* erarbeiteten Themen konzentrierten sich auf die Erschließung und Schaffung von bezahlbaren Wohnmöglichkeiten sowie das Zusammenleben der Menschen vor Ort im Gemeinwesen und im Landkreis insgesamt. Dabei

¹¹ Integrationskonferenz des Rheingau-Taunus-Kreises, Aufbereitung der Ergebnisse: Themencluster, imap GmbH, 06. Juni 2016, siehe S. 3 ff.

wurde dem Thema *Förderung und Herstellung von Kontakten zwischen Neu- und Altbürger/-innen* große Bedeutung beigemessen.

Wesentliche Kernpunkte an Handlungsbedarfen, die formuliert wurden:

- Bezahlbaren Wohnraum in ausreichendem Maße für alle Menschen bereitstellen
- Bei der Wohnungssuche unterstützen
- Wohnungsbau fördern und vorhandene Wohnmöglichkeiten nutzbar machen
- Inklusive Wohnformen schaffen
- Migrantinnen und Migranten in Vereine einbinden – am Sozialleben teilhaben
- Integration durch Sport und Übungsleiter/-innen ausbauen
- Begegnungsorte schaffen – Zusammenarbeit zwischen Einheimischen und Flüchtlingen
- Bildung von Parallelgesellschaften vermeiden
- Bereits in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten als Multiplikator/-innen einbinden
- Projekte zur Förderung der Mobilität initiieren

Bildung und Kultur

In diesem Arbeitsschwerpunkt wurde zuvorderst das Feld des Spracherwerbs thematisiert. Er bildet die Grundlage für erfolgreiche Bildungsbiografien und eine gelingende Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Sprachförderung kann bedarfsgruppenspezifisch und in unterschiedlichen Formaten angeboten werden. Daneben wurden die Themen des Zugangs zu Bildungs- und Kulturangeboten insgesamt sowie die Vermittlung der gesellschaftlichen deutschen Normen und Werte als unerlässliche Voraussetzung zur Integration angesehen. Zudem wurde dem Erwerb von Interkultureller Kompetenz und der Etablierung von Willkommenskultur in der Aufnahmegesellschaft hohe Bedeutung beigemessen.

Wesentliche Kernpunkte an Handlungsbedarfen, die formuliert wurden:

- Sprachkompetenz bei Zuwanderinnen und Zuwanderern erhöhen
- Spracherwerb ausbauen und um innovative Formate ergänzen
- Alphabetisierung für Erwachsene
- Leseförderung in verschiedenen Sprachen ermöglichen
- Ganztagsbetreuung an Grundschulen ermöglichen und Zugänge schaffen
- Zusätzliche Beratungs-, Freizeit-, Präventions- und Gruppenangebote für Kinder und

Jugendliche bereitstellen

- Interkulturelle Kompetenz fördern
- Bildungsübergänge verbessert begleiten
- Zugänge zu (bestehenden) Bildungs-, Freizeit- und Kulturangeboten für alle ermöglichen
- Niedrigschwellige Kulturangebote konzipieren
- Gesprächs- und Unterstützungsrunden für Mütter zusammenführen
- Besuchsdienst für Mütter durch Frauen gleicher Kultur, die schon länger in Deutschland leben, organisieren
- Kompetenzen der Menschen nutzen
- in Deutschland geltende Werte, Lebensweise und grundlegende Gesetze vermitteln, Trennung von Religion und Staat, Gleichberechtigung von Mann und Frau, gewaltfreie Erziehung
- Willkommenskultur leben
- Präventionsarbeit leisten – Beratung und Unterstützung bei Konflikten anbieten

Die angeführten Punkte sind mit zahlreichen konkretisierten Ideen der Teilnehmer/-innen¹² in den Dokumentationen unterfüttert.

Gesundheit

Die erarbeiteten Kernpunkte des Gesundheitsbereichs bezogen sich auf die grundsätzliche Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung. Als unabdingbare Voraussetzung dafür wurden die Transparenz des Gesundheitssystems, die adäquate Information über Zugänge und Angebote sowie die Schaffung von Möglichkeiten zur Gesundheitsprävention erachtet.

Wesentliche Kernpunkte an Handlungsbedarfen, die formuliert wurden:

- Vorhandene Informationen zu gesundheitlichen Themen bündeln und mehrsprachig zugänglich machen – Transparenz über Angebote herstellen und Zugänge schaffen
- Das Gesundheitssystem verstehen und in Anspruch nehmen können
- Gesundheitliche Versorgung sicherstellen und Strukturen des Gesundheitssystems öffnen
- Gesundheitsprävention und –erziehung vorantreiben

¹² Integrationskonferenz des Rheingau-Taunus-Kreises, Aufbereitung der Ergebnisse: Themencluster, imap GmbH, 06. Juni 2016, siehe S. 3 ff.

- Ernährungsberatung anbieten
- Unterstützung bei psychischer Erkrankung fördern
- Interkulturelle Kompetenz bei medizinischem Personal schulen
- Verständigung und Kommunikationshilfen für medizinisches Personal optimieren

IV.2 Querschnittsthemen

IV.2.1 Weiterentwicklung der Strukturen

Die Verwirklichung der angestrebten Zielsetzungen setzt förderliche Kommunikations-, Kooperations- und Koordinationsstrukturen voraus. Die dazu erfolgten zahlreichen Vorschläge und Überlegungen lassen sich unter den nachstehenden Rubriken zusammenführen:

- Das Integrationsgeschehen an einer zentralen Stelle zusammenführen – Koordination auf Ebene der Kreisverwaltung und den Kommunen
- Behördliche Wege und Strukturen verständlich und transparent darlegen
- Vernetzung der Verwaltung (Stabsstellen, Fachbereiche, Fachdienste) untereinander optimieren
- Klare Kommunikation zwischen den Beteiligten im Integrationsbereich gewährleisten, Abgrenzung und Verständnis der Rolle und Aufgabe aller im Integrationsprozess beteiligten Personen – Parallelstrukturen vermeiden
- Akteurinnen und Akteuren, insbesondere haupt- und ehrenamtlich Tätige miteinander vernetzen – zentrale Koordinierung einrichten
- Institutionalisierten Austausch durchführen
- Zentrale Koordination des Ehrenamtes auf Kreisebene einrichten
- Ehrenamtlich Tätige qualifizieren
- Transparenz über Akteurinnen und Akteure und ihre Angebote herstellen
- Einrichtung eines Kompetenzzentrums mit zahlreichen Angeboten, Beratung und Projektmöglichkeiten (Übersetzungsangebote, Kurse als Anleitung zur Selbsthilfe zu allen Themengebieten des Integrationsgeschehens, Konfliktlösung, ...)
- Einrichtung eines Internetportals bei der Kreisverwaltung – Information und Wissen zentral transportieren
- Interkulturelle Öffnung als Ziel aller Institutionen und der Verwaltung erreichen
- Interkulturelle Kompetenz aller Beteiligten erhöhen

IV.2.2 Stärkung des Sozialen Friedens

Mit der Auftaktveranstaltung im Mai wurden Bausteine und Ideen gesammelt, die die *Wahrung und Stärkung des Sozialen Friedens* in das Zentrum der Betrachtung rückten. Dazu zählen:

- Kommunikation und Austausch zwischen Flüchtlingen und Bürgerinnen und Bürgern im Kreis fördern und ausbauen
- Mit anerkennender Grundhaltung und Ressourcenorientierung den Menschen gegenüber treten – gegenseitige Akzeptanz erreichen
- Über das Zusammenleben und Regelungen im Alltag informieren
- in Deutschland geltende Werte, Lebensweise und grundlegende Gesetze vermitteln, Trennung von Religion und Staat, Gleichberechtigung von Mann und Frau, gewaltfreie Erziehung
- Die Aufnahmegesellschaft sensibilisieren – Vorurteile und Ängste beidseitig abbauen
- Ressourcen und Kenntnisse der Flüchtlinge nutzen
- Hilfe zur Selbsthilfe fördern – Eigenverantwortung stärken

Die aufgeführten Aspekte der beiden Querschnittsthemen sind, analog den Handlungsfeldern, mit detaillierteren Ausführungen¹³ unterlegt.

V. Umsetzungswege für die Handlungsfelder

Eine beträchtliche Menge an handhabbaren Herangehensweisen und Umsetzungsideen ist entwickelt worden, die für bestimmte Aspekte der o. a. Handlungsbedarfe pragmatische Lösungsansätze darstellen. Dabei handelt es sich einerseits um bereits angestoßene Projektaktivitäten, andererseits solche, die kurz vor einem Startpunkt stehen oder solche, die weiterhin eines zeitlichen Vorlaufs zur konkretisierten Ausarbeitung und Klärung unterschiedlicher Fragen bedürfen.

Die untenstehende Aufstellung gibt eine Information zu den betreffenden Handlungsfeldern und –bedarfen, benennt die jeweiligen Umsetzungsvorhaben und ihren derzeitigen Status. Unter dem Begriff *Status* soll dabei der aktuelle Stand der Dinge zu verstehen sein, der sich in die Positionen *In der Entwicklung, In der Umsetzung, diverse Klärungsbedarfe* gemäß

¹³ Imap GmbH: Integrationskonferenz des Rheingau-Taunus-Kreises, Aufbereitung der Ergebnisse, 06. Juni 2016, S. 20 ff.

nachstehender Definitionen aufschlüsselt. Daraus leitet sich zudem ein zeitliches Realisierungsspektrum ab, das sich über unterschiedliche Zeitfenster von *sofort/unmittelbar* über *kurz-* bis *längerfristig* erstreckt.

In der Entwicklung: Für diese Umsetzungsideen sind beispielsweise noch präzisiert ausgearbeitete Konzepte zu erstellen, projektverantwortliche Umsetzer/-innen bzw. Koordinator/-innen zu gewinnen oder Projektpartner/-innen zu akquirieren und ähnliches.

In der Umsetzung: Diese Projekte sind bereits gestartet.

Diverse Klärungsbedarfe: Konzepte liegen i. d. R. vor, auch verantwortliche Projektumsetzer/-innen sind teilweise schon bekannt, es bedarf jedoch z. B. Abklärungen zu Finanzierungsfragen, rechtlichen Fragen, Abstimmungsfragen mit beteiligten Akteur/-innen und ähnliches.

Fachwissen, Kompetenz, Verantwortungsbereitschaft und Ressourcenbereitstellung werden benötigt, um gemeinsam die gestellten Anforderungen zu meistern.

Die Projektvorschläge konzentrieren sich auf Kernpunkte der Handlungsfelder. Alle genannten Maßnahmen wenden sich sowohl an Flüchtlinge als auch an Arbeitslose und Langzeitarbeitslose. Die Übertragbarkeit der ins Auge gefassten Maßnahmen auf andere Vereine, Kommunen o. ä. ist angestrebt.

Handlungsfeld	Handlungsbedarf	Projektvorschläge/ Umsetzungsideen	Status
Arbeit und Beruf	Informationen über Möglichkeiten am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bereitstellen/vermitteln	Handbuch für Helfer/-innen zur Förderung der Arbeitsmarkt-integration	In der Entwicklung
	Kompetenz- und Qualifikationsfeststellung	Kompetenzfeststellung/Erstcheck	Start projektiert für November 2016
	Arbeitserprobungen/ Aktivierung Begegnungsorte schaffen	Mit 0,80 Euro raus aus der Isolation	In der Umsetzung
	Unterstützung bei Arbeitsvermittlung	Job Coaches im Rheingau-Taunus-Kreis	diverse Klärungsbedarfe

Handlungsfeld	Handlungsbedarf	Umsetzungsideen	Status
Wohnen und Gemeinwesen	Integration durch Sport und Übungsleiter/-innen erreichen Einbindung der Migrantinnen und Migranten in Vereine	Integration in die Kommune durch Sportangebote	In der Umsetzung
	Unterstützung bei der Wohnungssuche	Unterstützung von Geflüchteten bei der Wohnungssuche	In der Entwicklung
	Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung stellen	Integratives Wohnen und Teilhabe in attraktiven Infrastrukturen mit Synergieeffekten	In der Entwicklung
	Einbindung der Migrantinnen und Migranten in Vereine Begegnungsorte schaffen	Repaircafé in Bad Schwalbach	In der Entwicklung
	Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung stellen Wohnungsbau fördern	Kommunales Investitionsprogramm Wohnen	diverse Klärungsbedarfe

Handlungsfeld	Handlungsbedarf	Umsetzungsideen	Status
Bildung und Kultur	Zugänge zu Kulturangeboten ermöglichen, Barrieren überwinden Begegnungsorte schaffen	Subito-Theater – interkulturell und inklusiv	In der Umsetzung
	Leseförderung in verschiedenen Sprachen ermöglichen	1000 Bücher – 1000 Sprachen. Ein gemeinsames Projekt des Vereins Netzwerk Leseförderung Rheingau-Taunus e. V. und allen Bibliotheken des Rheingau-Taunus-Kreises	In der Umsetzung
	Ganztagsbetreuung an Grundschulen gewährleisten – Zugänge schaffen	Zugang zu Ganztagsbetreuung an Grundschulen gewährleisten	In der Entwicklung, diverse Klärungsbedarfe

	Niedrigschwellige Kulturangebote konzipieren	Kulturaustausch vor Ort	In der Entwicklung
	Sprachkompetenz bei Zuwanderinnen und Zuwanderern erhöhen Spracherwerb ausbauen und um innovative Formate ergänzen	Spracherwerb und Integration durch neue Medien	Diverse Klärungsbedarfe
	Interkulturelle Kompetenz fördern Wertevermittlung Präventionsarbeit	Interkulturelle Konflikt-Beratungsstelle für unterschiedliche Zielgruppen	In der Entwicklung, diverse Klärungsbedarfe
	Zugänge zu Bildungs- und Kulturangeboten ermöglichen Interkulturelle Kompetenz fördern Wertevermittlung Kompetenzen der Menschen nutzen	Beratungs-/Anlaufstelle für Frauen/Mädchen zwischen den Kulturen, geschlechtsspezifische Gegebenheiten beachten	In der Entwicklung, diverse Klärungsbedarfe
	Willkommenskultur	Fit for Culture - Projekt zur Etablierung einer Willkommensstruktur für ausländische Schüler/-innen an der Nikolaus-August-Otto-Schule	In der Umsetzung

Handlungsfeld	Handlungsbedarf	Umsetzungsideen	Status
Gesundheit	Gesundheitsprävention und- erziehung vorantreiben Das Gesundheitssystem verstehen und in Anspruch nehmen können	Präventionsschulungen „Mobile Gesundheits-Coaches“	In der Entwicklung, diverse Klärungsbedarfe
	Gesundheitsprävention und- erziehung vorantreiben Das Gesundheitssystem verstehen und in	Informationsveranstaltungsreihe zum Thema „Psychotherapeutische Beratung und psychische Erkrankungen“ (PIBS)	In der Entwicklung, diverse Klärungsbedarfe

	Anspruch nehmen können Unterstützung bei psychischer Erkrankung fördern		
	Vorhandene Informationen zu gesundheitlichen Themen bündeln und mehrsprachig zugänglich machen – Transparenz über Angebote herstellen und Zugänge schaffen Das Gesundheitssystem verstehen und in Anspruch nehmen können	Runder Tisch „Gesundheit“	Diverse Klärungsbedarfe

Handlungsfeld	Handlungsbedarf	Umsetzungsideen	Status
Weiterentwicklung der Strukturen	Information und Transparenz über Akteurinnen und Akteure und ihre Bildungsangebote	Integrative Bildungslandkarte	In der Entwicklung, diverse Klärungsbedarfe
	Informationen zu gesundheitlichen Themen bündeln – Transparenz über Angebote herstellen und Zugänge schaffen Vernetzung	Internet-Projekt: Kreisweite Integrations-Website (Sektion: Gesundheit)	Diverse Klärungsbedarfe

VI. Zusammenfassung und Ausblick

Die vorgestellten Überlegungen für die Einpassung einer nachhaltigen Integrationsstrategie im Rheingau-Taunus-Kreis sind im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtungsweise durch die Beteiligten erfolgt. Zielsetzungen wurden auf Basis der augenblicklichen Sachlage im Integrationsgeschehen gemeinsam definiert, Handlungsbedarfe festgehalten, mit Ideen zu Maßnahmen und Aktivitäten unterlegt sowie realistische und praxisorientierte Lösungsansätze entwickelt.

Die im Grundgesetz verankerten Leitsätze *Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich*¹⁴ sowie *Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden*¹⁵ tragen das gemeinsame Verständnis zur Förderung des Integrationsgedankens, *Hilfe zur Selbsthilfe* ist dabei die zentrale Richtschnur. Ein wesentliches Ziel ist die gesellschaftliche Teilhabe.

Der Entwicklungsprozess hat eine beachtliche Anzahl an Ideen hervorgebracht, die im Rahmen dieser Ausarbeitung aus Gründen des Umfangs nicht alle angeführt werden konnten. Das hier vorgelegte Strategiepapier ist daher synergetisch in Verbindung mit den entsprechenden Dokumentationen zu sehen, auf die in den Fußnoten¹⁶ verwiesen ist.

Der Prozess der Umsetzung sowie die anstehenden Aufgaben, gerade auch hinsichtlich der Anpassung von Strukturen, macht personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen erforderlich. Für die Realisierung von Vorhaben kommt der Akquisition von Fördermitteln aus Bundes- und Landesprogrammen, von Stiftungen sowie aus weiteren Fördertöpfen zudem eine große Bedeutung zu.

Der Rheingau-Taunus-Kreis kann in diesem Zusammenhang darauf verweisen, dass die Einrichtung eines Internetportales mit finanzieller Unterstützung durch das Förderprogramm *Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe* des Landes Hessen auf den Weg gebracht wird, desweiteren hat der Rheingau-Taunus-Kreis Mittel für die *kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte* beim Bundesministerium für Bildung und Forschung beantragt und einen entsprechenden Bewilligungsbescheid erhalten.

In dem von hohem Sachverstand geprägten bisherigen Prozess ist es nicht nur gelungen, engagierte Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, sondern auch Institutionen, Kammern, Arbeitsagentur, Kommunales JobCenter, Jugendhilfe, Jugendarbeit, Kirchen, Volkshochschule, Flüchtlingshilfe, Integrationslotsinnen und viele andere einzubinden.

¹⁴ Grundgesetz Artikel 3 (1)

¹⁵ Grundgesetz Artikel 3 (3)

¹⁶ Imap GmbH: Integrationskonferenz des Rheingau-Taunus-Kreises, Aufbereitung der Ergebnisse, 06. Juni 2016

1. Workshopreihe des Rheingau-Taunus-Kreises, Dokumentation der Ergebnisse, Juli 2016

2. Workshopreihe des Rheingau-Taunus-Kreises, Dokumentation der Ergebnisse, Sept. 2016

Auch die Kreisverwaltung und politische Entscheidungsträger aus den Kommunen haben sich an der intensiven Diskussion beteiligt. Jetzt wird es darauf ankommen, dass für alle Beteiligten gemeinsam mit Politik, Verwaltung und den Menschen im Landkreis und in den Kommunen deutlich wird, dass es nicht nur eine humanitäre Verpflichtung ist, die zugewanderten Flüchtlinge einzugliedern, sondern die damit verbundene sozioökonomische Weiterentwicklung der Aufnahmegesellschaft eine Perspektive für alle Menschen im Landkreis darstellt, die dazu beiträgt, die Situation für Alle zu verbessern. Stabsstellen, Fachbereiche und Fachdienste wollen sich weiterhin der Herausforderung stellen und Interkulturelle Kompetenz im Sinne des Dienstleistungsgedankens zum Einsatz bringen.

Der vorgelegte Strategieansatz stellt eine erste systematisch und zielgerichtete Herangehensweise dar, die realitätsbezogen erarbeitet wurde und damit eine fundierte Orientierung zu den für den Landkreis wesentlichen Handlungsbedarfen darstellt. Dabei stehen alle beteiligten Akteurinnen und Akteure in Politik und Gesellschaft in der Verantwortung.

Schritt für Schritt sollen die gemeinsam erarbeiteten Zielsetzungen und Lösungsansätze in die Umsetzung gebracht werden. Synergetisches Handeln mit Kooperationspartnerinnen und –partnern soll dabei nutzbringend für alle Beteiligten ausgebaut, Innovation, Qualität und Entwicklung weiter verfolgt werden. Sich bewährende Projektansätze sollen auf ihre Übertragbarkeit hin überprüft und angepasst werden. Die auf Fachebene agierende Arbeitsgruppe des Rheingau-Taunus-Kreises begleitet die Prozessentwicklung fort.

Der gesellschaftliche Wandel vollzieht sich als beständige und unaufhaltsame Entwicklung, der Rheingau-Taunus-Kreis stellt sich den Anforderungen und möchte in gemeinsamer Initiative mit allen Akteurinnen und Akteuren diesen Prozess aktiv und nachhaltig mitgestalten. Das Strategiepapier stellt eine strukturierte Grundlage dar, den angestoßenen Prozess in den nächsten Entwicklungsschritt der weiteren Konkretisierung und Umsetzung zu überführen.

Anhang

Imap GmbH: 2. Workshopreihe des Rheingau-Taunus-Kreises,
Dokumentation der Ergebnisse, September 2016

Imap GmbH: 1. Workshopreihe des Rheingau-Taunus-Kreises,
Dokumentation der Ergebnisse, Juli 2016

Imap GmbH: Integrationskonferenz des Rheingau-Taunus-Kreises,
Aufbereitung der Ergebnisse, Verdichtung, 6. Juni 2016

Presseberichterstattung

2. Workshopreihe des Rheingau-Taunus-Kreises

Dokumentation der Ergebnisse

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
Zu dieser Dokumentation.....	2
1. Arbeit und Beruf.....	4
1.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse.....	4
2. Wohnen und Gemeinwesen.....	8
2.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse.....	8
3. Gesundheit.....	13
3.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse.....	13
4. Bildung und Kultur.....	16
4.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse.....	16
5. Strukturen der Integrationsarbeit.....	23
5.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse.....	23
Impressum.....	25

Zu dieser Dokumentation

Zur Erarbeitung einer nachhaltigen Integrationsstrategie hat die Kreisverwaltung des Rheingau-Taunus-Kreises einen partizipativen Prozess initiiert. Den Beginn dieses Prozesses stellt die Auftaktkonferenz, die am 18.05.2016 in Bad Schwalbach stattfand, dar. In der darauf folgenden ersten partizipativen Workshopreihe wurde eine themenbezogene Bestandsaufnahme durchgeführt, auf der die Integrationshilfen sowie die Ziele und Maßnahmen aus der Konferenz um die Workshopergebnisse erweitert und ergänzt sowie auf Zielebene priorisiert wurden.

Im Anschluss wurde im August/September 2016 eine zweite Workshopreihe durchgeführt, um für die einzelnen Handlungsfelder Umsetzungsideen für mögliche Leuchtturmprojekte zu entwickeln:



- | | |
|------------------------|------------------------|
| 1) 31. August 2016: | Arbeit und Beruf |
| 2) 7. September 2016: | Wohnen und Gemeinwesen |
| 3) 8. September 2016: | Gesundheit |
| 4) 13. September 2016: | Bildung und Kultur |

Die zweite Workshopreihe diente der Entwicklung möglicher Leuchtturm- und Umsetzungsprojekte in den verschiedenen Handlungsfeldern und somit der Entwicklung möglichst konkreter Umsetzungsideen für deren Realisierung. Außerdem gab es die Möglichkeit, ergänzende Ziele und Maßnahmen sowie für die beiden Handlungsfelder „Strukturen der Integrationsarbeit“ und „sozialer Frieden“ zu erarbeiten.

Für den überwiegenden Großteil der Umsetzungsprojekte haben sich aus dem Kreis der jeweiligen Workshopteilnehmer/innen bereits engagierte Personen als Ansprechpartner/innen für die nachfolgende Umsetzungsphase gemeldet bzw. würden daran mitwirken.

Workshop	Projekt- und Umsetzungsideen	Ansprechpartner/in in der Umsetzungsphase
Arbeit und Beruf	Handbuch für Helfer/innen zur Förderung der Arbeitsmarktintegration	Ute Schmidt
	Kompetenzfeststellung/Erstcheck	Sandro Lo Giudice Netzwerk-Leben Rhein-Main gemeinnützige GmbH
	Mit 0,80 Euro raus aus der Isolation	Dorit Nabrotzky
	Job Coaches im Rheingau-Taunus-Kreis	Birgit Weigelt
Wohnen und Gemeinwesen	Integration in die Kommune durch Sportangebote	Helmut Heisen
	Unterstützung von Geflüchteten bei der Wohnungssuche	Patricia Garnadt
	Integratives Wohnen und Teilhabe in attraktiven Infrastrukturen mit Synergieeffekten	Marianne Priebe, Jörg Köhnemann Vitos Teilhabe gemeinnützige GmbH
	Repaircafé in Bad Schwalbach	Sabina Person
	Kommunales Investitionsprogramm Wohnen	Ditmar Joest
Gesundheit	Präventionsschulungen "Mobile Gesundheits-Coaches"	Ute Schmidt

	Informationsveranstaltungsreihe zum Thema psychotherapeutische Beratung und psychische Erkrankungen (PIBS)	Heidi Messerschmidt-Weber
	Runder Tisch "Gesundheit"	Danuta Kottusch
Bildung und Kultur	Subito-Theater - interkulturell und inklusiv	Prof. Dr. Rolf-Dieter Wilken
	Zugang zu Ganztagsbetreuung an Grundschulen	Patricia Esposito – Geschäftsführerin AWO-RTK Soziale Arbeit gGmbH
	Kulturaustausch vor Ort	
	Spracherwerb und Integration durch neue Medien	Michael Zeitz Vors. des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden
	Interkulturelle Konflikt-Beratungsstelle	Carola Bill
	Beratungs-/Anlaufstelle für Mädchen/Frauen zwischen den Kulturen	Rita Wollner – Referentin Jugendbildungswerk, Christine Knapp-Aschberger – WIR Koordination
	Fit for Culture AG an der Nikolaus-August-Otto-Schule	Nicole Cordel
Strukturen der Integrationsarbeit	Integrative Bildungslandkarte	Patricia Garnadt
	Internetprojekt: Kreisweite Integrationswebsite (Sektion: Gesundheit)	Dr. Hans-Peter Buscher

1. Arbeit und Beruf

Moderation: Derya Can

Protokoll: Jens Maaßen

1.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse



Projektidee	Handbuch für Helfer/innen zur Förderung der Arbeitsmarktintegration
Ziele des Projektes	Übersicht über Strukturen und Zuständigkeiten bei der Arbeitsmarktintegration schaffen
	Handbücher auf den lokalen Bedarf hin ausrichten
	Handbücher sollen auf die lokalen Ansprechpartner/innen und Partizipationsmöglichkeiten aufmerksam machen
	Aufklärung zu Sanktionen bei Fehlverhalten (Bsp. Informationspflicht) betreiben
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Austausch mit anderen Akteuren herstellen
	Manpower über den Kreis (z.B. Updates) aktivieren
	Benchmarking mit Jobcenter anstreben
Finanzierungsideen	Mittel des Kreises, Landesmittel
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Eine Handreichung für HelferInnen auf Kreisebene ist vorhanden – Gestaltung von Ergänzungen oder Beiheften für die lokale Ebene
	Einbeziehung der Flüchtlingshilfe Idstein (Interessenbekundung)
	Informationen zusammenführen für die lokale Ebene <ol style="list-style-type: none"> 1. Umsetzung im Internet (z.B. Idstein) 2. Stetige Aktualisierung des Handbuchs 3. Pflege durch kommunale Koordinierungsstellen

Projektidee	Kompetenzfeststellung/Erstcheck
Ziele des Projektes	Kompetenzen der Flüchtlinge feststellen und dokumentieren
	Sicherstellung eines einheitlichen Verfahrens für den Rheingau-Taunus Kreis
	Zielgruppe: Anerkannte Personen mit Bleibeperspektive
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Erstellung eines einheitlichen mehrsprachigen Fragebogens
	Hinzuziehung von Dolmetschern/innen
	Gewinnung einer/s Ansprechpartners/in beim Amt für Migration
	Gewinnung von Fachexperten/innen und Förderern, die Werkstätten o.ä. zur Verfügung stellen
Finanzierungsideen	Bereitstellung von Eigenmitteln
	Gewinnung von Stiftungen und anderen Trägern
	Akquise weiterer Fördermittel
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Projektgruppe: Akteure aus den Kommunen
	1. Entwicklung eines Fragebogens für einen Erstcheck der Interessen und Kompetenzen
	2. Kompetenzfeststellung durch Fachexpert/innen in den entsprechenden Arbeitsumgebungen, wie Werkstätten o.ä.

Projektidee	Mit 0,80 Euro raus aus der Isolation
Ziele des Projektes	Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten
	Bereitung einer niedrighschwelligen Möglichkeit für Geflüchtete, um die deutsche Sprache zu lernen
	Aktivierung der Flüchtlinge
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Koordination der Aktivitäten über einen gemeinnützigen Auftraggeber (z.B. Dorfverschönerungsverein)
	Ausrüstung bereit stellen
	Transportübernahme durch einen Akteur
	Versicherungsschutz sicherstellen: Unfallversicherung, Haftpflicht etc.
	Einarbeitung und Anleitung der Flüchtlinge
	Durchführung von PR-Maßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit
Finanzierungsideen	Auftraggeber (z.B. Dorfverschönerungsverein)
	Förderung über das Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)
	Spendenakquise
	Bestehende Bestände des Vereins
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Gemeinnützige Arbeit durch Flüchtlinge: Pflege der Grünflächenanlagen im Ort
	Brotzeit, Kleingartengeräte und Entlohnung werden durch den Dorfverschönerungsverein bereit gestellt
	Von Seiten einer Flüchtlingsunterkunft besteht bereits Interesse
	Kontaktaufnahme zwischen einer Organisation, die Flüchtlinge vor Ort betreut, z. B. ProJob, DRK, ASM und Dorfverschönerungsverein nötig
	Transit zwischen Flüchtlingsunterkünften und Arbeitsstätte muss geklärt werden
	Entwicklung einer Terminplanung
	Informierung der Einwohner/innen

Projektidee	Job Coaches im Rheingau-Taunus Kreis
Ziele des Projektes	Vereinfachung und Beschleunigung des Arbeitsvermittlungsprozesses
	Begleitung der Flüchtlinge in einen Job sowie im Job
	Serviceleistung für Unternehmen
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Transfer bestehender Strukturen (e.V. /gGmbH) auf den Rheingau-Taunus Kreis (Trägergesellschaft)
	Sowohl die lokalen Ehrenamtlichen als auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege können als Job Coaches agieren
Finanzierungsideen	Beschiedene Bundesfördermittel („EXIST“)
	Sponsorengewinnung
	Zuwendungen unterstützter Betriebe als Eigenbeitrag
	Finanzierungsmittel des Rheingau-Taunus Kreises
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Kontakt herstellen zur Finanzierung über den Kreis
	Abstimmung mit dem Jobcenter
	Regionale Informationsveranstaltung ausrichten (inkl. Pressearbeit)
	Gezielte Ansprache von Ehrenamtlichen und Unternehmen
	Benennung eines Projektleiters

2. Wohnen und Gemeinwesen

Moderation: Derya Can

Protokoll: Jens Maaßen

2.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse



Projektidee	Integration in die Kommune durch Sportangebote
Ziele des Projektes	Vorhandene Sportangebote für Flüchtlinge öffnen
	Wünsche nach neuen Angeboten durch die Flüchtlinge aufnehmen
	Stärkung der Vereine durch kommunenübergreifende Zusammenarbeit
	Stärkung der Vereine durch eine wachsende Vielfalt und die Erschließung neuer Gruppen
	Konkretisierung an (vorerst) zwei Standorten (z.B. Idstein und Lorch)
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Aktivierung von Sportcoaches in Kommunen
	Aktivierung von Übungsleiter/innen in den Vereinen (Migranten/innen)
	Aktivierung von Integrationslotsen
	Gewinnung kommunalpolitischer Unterstützung
	Öffnung der Vereine für vielfältige Angebote
Finanzierungsideen	Landesförderung und Ausbildung für Sportcoaches ist gegeben (Förderung durch das BMI)
	Beantragung weiterer Mittel für Ausstattung und Schulung
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Beispielstandorte entwickeln und die Erkenntnisse und Strukturen auf andere Kommunen und Vereine übertragen
	Zeitnahe Umsetzung mit Unterstützung des Sportkreises ist gewährleistet: Sportcoaches, Übungsleiter und Integrationslotsen sind vorhanden und größtenteils vernetzt
	Gute Vernetzung des Sportkreises mit den Vereinen, dem Landessportbund und der Kommunalpolitik gewährleistet

Projektidee	Unterstützung von Geflüchteten bei der Wohnungssuche
Ziele des Projektes	Privaten Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge erschließen
	Flüchtlinge bei der Wohnungssuche unterstützen
	Vertrauensaufbau durch ehrenamtliche Begleitung auch nach dem Einzug
	Hilfestellung bei Konflikten leisten
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Öffentlichkeitsarbeit betreiben
	Beschleunigung der Zusammenarbeit mit dem Jobcenter
	Transport- um Umzugsnetzwerk aufbauen
Finanzierungsideen	Projektstelle aus Landesmitteln an den Kreis beantragen (ca. 20.000 Euro für eine Stelle)
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Sachinformation zum Prozess vom Mietangebot bis zum Einzug bereitstellen: Gute und schlechte Erfahrungen benennen, um daraus zu lernen
	Flüchtlinge über realistische Wohnmöglichkeiten informieren, um keine falschen Erwartungen zu wecken
	Transport- und Umzugsnetz schaffen in das die Flüchtlinge einbezogen werden (z.B. ein Firmennetz mit Mini-Jobs aufstellen)
	Matching von Mietern und Vermietern fördern: Struktur schaffen, um Angebot und Nachfrage transparent und priorisiert zusammenzubringen
	Bildung lokaler Unternetzwerke und Verknüpfung
	Virtuelles lokales Möbellager erstellen

Projektidee	Integratives Wohnen und Teilhabe in attraktiven Infrastrukturen mit Synergieeffekten
Ziele des Projektes	Bezahlbaren Wohnraum durch Anreize von Gegenleistungen zur Verfügung stellen
	Zielgruppe: Flüchtlingsfamilien, Studierende, Menschen mit einer geistigen Behinderung, Ältere ggf. pflegebedürftige Mitbewohner/innen
Wen/ Was brauchen wir für die Realisierung	Gewinnung von Netzwerkpartnern in Idstein: BW Vitos, Hochschule Fresenius, Seniorenbeauftragte, „Flüchtlingsbeauftragte“, Pflegestation
	Bereitstellung räumlicher Voraussetzungen: Wohnanlage mit 1er/2er Apartments, 2-3 Zimmerwohnungen, z.B. Begegnungsräume, Pflegedienst etc.
Finanzierungsideen	Gewinnung der WI-Bank und der KfW
	Aktivierung privater „sozialer“ Investoren
	Finanzierung über die Aktion Mensch
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Entwicklung eines Projektkonzeptes unter Einbindung von Projektförderern
	Erbringung von Gegenleistungen der Bewohner/innen für die Erhaltung vergünstigten Wohnraums (z.B. Übernahme von Fahrten zum Arzt von älteren Bewohnern durch Studierende)

Projektidee	Repaircafé in Bad Schwalbach
Ziele des Projektes	Nonverbaler Dialog und Begegnung durch gemeinsames Werken
	Zusammenarbeit zwischen den Flüchtlingen und der Gemeinde fördern
	Ressourcenschonung durch Reparieren oder „Upcycling“
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Haupt- und Ehrenamtliche für die Projektrealisierung einbinden
	Bestehende Netzwerkpartner (z.B. Wohlfahrtverbände) und die Kommune für das Projekt gewinnen
	Verbindliche Termine festlegen
Finanzierungsideen	Finanzierung von Sachmitteln nötig
	Gewährleistung einer Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Treffen von Interessierten initiieren
	Einladungen an Fachleute versenden
	Umsetzungsstrategie planen und Projektbeschreibung verfassen
	Finanzierungsanträge stellen

Projektidee	Kommunales Investitionsprogramm Wohnen
Ziele des Projektes	Nachhaltiges Wohnen für sozial benachteiligte Menschen anbieten
	Langfristige Ausrichtung des Projektes (energetisch hochwertig nach KfW 55 Standard, barrierefrei, sozial gemischt)
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Baurecht beachten (Einbezug der Genehmigungsbehörde und Ausnutzung von Ermessensspielräumen)
	Parallele standortbezogene Mobilitätskonzepte entwickeln (insbesondere wichtig für die Jugend)
	Soziale Netzwerke aufbauen (Begleitung in der Wohnsituation)
	Nachhaltiges Wohnkonzept bereit stellen (Flüchtlingsproblem akut, aber bei einem Neubau wird über 100 Jahre geplant)
Finanzierungsideen	Landesmittel
	Kommunale Bürgschaften
	KfW-Mittel für energetisches Bauen
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Mittel sind bereits reserviert
	Planungsaufträge erteilt

3. Gesundheit

Moderation: Derya Can

Protokoll: Jens Maaßen



3.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse

Projektidee	Präventionsschulungen „Mobile Gesundheits-Coaches“
Ziele des Projektes	Gesundheitsbildung durch Präventionsschulungen fördern
	Frauen als <i>Gesundheitsmanagerinnen</i> der Familien aktivieren
	Kompetenzen und Multiplikatoren ausbilden
	Mobile Informationseinheiten schaffen
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Gruppe sollte aus Einwohner/innen des Rheingau Taunus Kreises und aus Flüchtlingen bestehen (insb. Einbezug von Frauen für Frauen)
	Durchführung der Schulungen durch Experten/innen – Gewinnung dieses Personenkreises
	vhs als Organisator der Schulungen gewinnen
	Personen mit Migrationshintergrund gewinnen, die im Gesundheitssektor tätig sind/waren und über entsprechende Sprach- und Kulturkenntnisse verfügen
Finanzierungsideen	Finanzielle Unterstützung über Land, Landkreis, Stiftungen etc. – ca. € 60.000
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Interessierte Flüchtlinge und Ehrenamtliche gewinnen
	Fachleute für die Schulungen akquirieren
	Schulungsmaterialien erstellen
	Geschulte Personen dezentral einsetzen
	Angebot im Internet und auf allen Ebenen des Kreises kommunizieren
	Erstellung von Informationstafeln – Bilder für Analphabeten

Projektidee	Informationsveranstaltungsreihe zum Thema psychotherapeutische Beratung und psychische Erkrankungen (PIBS)
Ziele des Projektes	Zielgruppen: Ehrenamtliche, Lotsen/innen, Sozialarbeiter/innen, Betreuer/innen, Lehrer/innen etc.
	Basiswissen über Trauererfahrungen und andere psychische Belastungen zur Entlastung der Helfer/innen
	Einordnung, Entlastung und Erwerb von Handlungskompetenz zum Thema PIBS durch Hintergrundwissen
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Einrichtung einer Koordinierungsstelle (Gesundheitsamt, Sonderaufgaben Migration)
	Zusammenführung der Institutionen: Vitos, Lebensraum, Diakonisches Werk, Fachärzte, Cafeteria Kreishaus
Finanzierungsideen	Eigenmittel (z.B. Fachkräfte zur Verfügung stellen, Anfrage des Gesundheitsamtes)
	Land- und Kreismittel
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Koordinator/in finden
	Runden Tisch nutzen
	1. Entwicklung einer Vortagsreihe (Bsp. Zusammenarbeit von Diakonischem Werk und Gesundheitsamt)
	Angebot von Informationsveranstaltungen
	1. Bedarfe identifizieren und entsprechende Qualifizierungs- oder Supervisionsangebote machen

Projektidee	Runder Tisch „Gesundheit“
Ziele des Projektes	Versorgungslücken aufdecken
	Bedarfsermittlung: Handlungsfelder identifizieren
	Arbeitsmittel entwickeln und den Partnern zur Verfügung stellen: Erarbeitung von Handlungsleitfäden
	Einbindung von Expert/innen mit Migrationshintergrund mit Kontakt zur Zielgruppe
	Vernetzung und Austausch von Institutionen zum Thema Gesundheit: Transprofessionelle Kooperation
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Einbindung der relevanten Institutionen: Gesundheitsamt, MdK, Pflegestützpunkte, Wohlfahrtsverbände, Träger von Einrichtungen des Gesundheitswesens, Fachärzte etc.
Finanzierungsideen	Stiftungen identifizieren (Bsp. Robert-Bosch-Stiftung)
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	1. Erhebung professioneller Strukturen im Kreis
	2. Wer muss einbezogen werden? – Einladung aller Professionen
	3. Taktung: Regelmäßige Treffen fixieren
	4. Weitere Bedarfe aufdecken und bearbeiten

4. Bildung und Kultur

Moderation: Derya Can

Protokoll: Jens Maaßen

4.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse



Projektidee	Subito-Theater – interkulturell und inklusiv
Ziele des Projektes	Gemeinsam kreativ sein
	Sich öffnen und Barrieren überwinden
	Integration und Öffnung der drei Gruppen (Flüchtlinge, Kalmenhof - Menschen mit Behinderung, Schulen in Idstein)
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Hinzuziehung eines Impro-Theater-Regisseurs (Bernhard Moor)
	Räumlichkeiten des Kalmenhofes können kostenfrei genutzt werden
	Gewinnung der Flüchtlingshilfe Idstein, der Vitos GmbH und der Schulen
	Bereitstellung des Kultur-Bahnhofs Idstein als Aufführungsort
Finanzierungsideen	Flüchtlingshilfe Idstein e.V.: Einbringung des Vereinsvermögens
	Akquise von Spenden
	Personelle Unterstützung durch kann Subito gewährleistet werden
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	<p>Start des Projektes am 16. September:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Werbung von Teilnehmenden • Organisation eines ersten Treffens der einzelnen Gruppen mit dem Fachmann von Subito • Gemeinsames Treffen der drei Gruppen • ... <p>Terminierung der Uraufführung für den 16. Dezember:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ort: Kultur-Bahnhof Idstein

Projektidee	Zugang zu Ganztagsbetreuung an Grundschulen
Ziele des Projektes	Ermöglichung einer Ganztagsbetreuung in der Grundschule
	Spracherwerb durch Immersion gewährleisten
	Schaffung einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung
	Gewährleistung von Betreuungsmöglichkeiten und Mittagessen für Kinder mit beschränkten finanziellen Mitteln
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Aktivierung von Haupt- und Ehrenamtlichen
	Nutzung des Wiesbadener Schulpatenprojektes als Orientierungsbeispiel
	Einbeziehung der Mitarbeitenden der Unterkünfte
	Gewinnung des Kreises als Schirmherr
	Gewinnung eines Trägers, der das Betreuungsprojekt umsetzt
	Hinzuziehung des Kreisschülerrats
	Akquise der Schulen
Finanzierungsideen	Crowdfunding initiieren
	Mittel des Landes (bspw. über das Kultusministerium) generieren
	Fördermittel des Kreises nutzen
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Unterstützung und Vereinfachung bei den Bildungs- und Teilhabeanträgen leisten
	das Thema an den Runden Tischen platzieren
	das Wiesbadener Schulpatenprojekt als Vorbild nutzen
	Klärung der Finanzierung und der Raumfrage
	Gespräche mit dem Kreis, den Schulen, den Flüchtlingsunterkünften und potentiellen Trägern führen

Projektidee	Kulturaustausch vor Ort
Ziele des Projektes	Erlebarmachen der Kulturgüter der Herkunftsländer
	Herkunftssprache pflegen und erklärbar machen
	Aufzeigen der Verbindungen zwischen den Kulturen
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Veranstaltungsorte sicherstellen: Kapazitäten verschiedener Institutionen müssen geprüft werden
	Gewinnung von Repräsentanten/innen, die einen interkulturellen Austausch im Rahmen verschiedener Formate fördern können
	Gewinnung von Trägern und Koordinator/innen: Ev. Philip Kraft Stiftung könnte als Träger agieren
Finanzierungsideen	Aufführungsrechte für Filme klären
	Kapazitäten mehrerer kooperierender Institutionen prüfen
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Mehrsprachige Lesungen durchführen
	Besondere Filme mit einem Kulturfokus vorführen
	Chorprojekte organisieren
	Kulturelles Handwerk weitergeben und zeigen
	Gemeinsam Musik machen

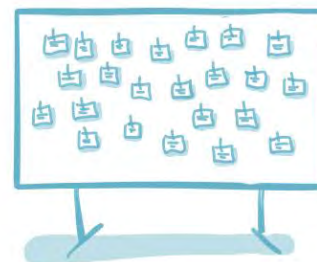
Projektidee	Spracherwerb und Integration durch neue Medien
Ziele des Projektes	Schaffung eines freien Zugangs zu online Wissens- und Lernportalen
	Ausweitung der Idee auch auf finanzschwache Menschen
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Projektsteuerung durch den Rheingau-Taunus Kreis
	Bereitstellung von WLAN in jeder Gemeinschaftsunterkunft sowie im öffentlichen Raum
	Bereitstellung von durchschnittlich einem Laptop für fünf Bewohner/innen
	Bereitstellung ausgewählter Lernsoftware und hilfreicher Internet-Links
	Sicherstellung der IT-Wartung
Finanzierungsideen	(Teil-)Finanzierung durch den Kreis prüfen
	Akquise von Sponsoren (z.B. um abgeschriebene Firmenlaptops werben)
	Spenden über bildungsspender.de oder gooding.de generieren
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Bereitstellung des WLAN durch den Kreis
	Bildung einer „IT-Arbeitsgruppe“ einleiten (Start in Wambach)
	Sponsorensuche beginnen

Projektidee	Interkulturelle Konflikt-Beratungsstelle
Ziele des Projektes	Probleme lösen und bearbeiten, statt sie zu verschieben
	Auffälligen und straffälligen Menschen Hilfe anbieten, statt sie zu bestrafen
	Gewalt-Prävention fördern und Konfliktlösungen suchen
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Gewinnung von Personen mit therapeutischer Kompetenz, Beratungskompetenz und sprachlicher Kompetenz
	Einbindung eines Dolmetscher-Pools
	Anbindung an Hauptamtliche des Kreises herstellen
	Einrichtung einer übergeordneten Stelle zur Projektkoordination
Finanzierungsideen	Fördermittel von Land und Bund für Präventionsprogramme prüfen
	EU-Mittel anfragen
	Förderungen von Aktion Mensch prüfen
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Kooperation von Polizei, Justiz und Verwaltung herstellen
	Anknüpfungspunkte u.a. zu Schulen, Unterkünften suchen
	Konfliktanalyse durchführen
	Schulprojekte organisieren
	Anti-Aggressionstrainings anbieten
	Vermittlung von Hilfsangeboten

Projektidee	Beratungs-/Anlaufstelle für Mädchen/Frauen zwischen den Kulturen
Ziele des Projektes	Angebot von Beratung, Information und Austausch bereiten
	Vermittlung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten
	Initiierung von Begegnungs-/ Gesprächsabenden
	Bildungsangebote mit Bezug auf Frauenrechte in Deutschland schaffen
	Förderung internationaler Vernetzung
	Förderung von Integration und Prävention
	Stärkung der Frauen – insbesondere in ihrer Rolle in der Familie bzw. für die Kindererziehung
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Bereitstellung von Räumen für Begegnungs- und Gesprächsabende
	Bereitstellung eines Raums für Bildungsangebote mit Bezug auf Frauenrechte in Deutschland
	Gewinnung folgender Institutionen: Caritas, Diakonie, Kirchen, Islamische Vereine
	Qualifizierung der Mitarbeiter
	Haupt- und Ehrenamt einbeziehen
	Interkulturelle Teams bilden
	Gewinnung der Kreisverwaltung
Finanzierungsideen	Prüfung möglicher Fördermöglichkeiten
	Niedrigschwellige Angebote machen, die möglichst wenig finanzielle Ressourcen binden
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Vernetzung und Austausch von Aktiven initiieren
	Themenbezogene Treffen organisieren
	Treffen zum Austausch und Kennenlernen organisieren (z.B. Familien- oder Frauenfrühstück in Heidenrod und Idstein organisieren)

Projektidee	Fit for Culture AG an der Nikolaus-August-Otto-Schule/Bad Schwalbach
Ziele des Projektes	Erarbeitung einer Willkommensstruktur für ausländische Schüler/-innen, die an die NAO-Schule ohne Deutschkenntnisse kommen
	Förderung eines guten Schulklimas
	Förderung eines friedlichen Miteinanders in Respekt und Toleranz
	Zunehmende Bereitschaft der gesamten Schulgemeinde, die Schüler/-innen der DIKLA-Klassen zu integrieren
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Patenkonzept – Jede/-r Schüler/-in einer Deutsch-Intensive-Klasse (DIKLA) erhält einen Paten oder eine Patin, wenn er/sie in eine Regelklasse wechselt
	Schülergruppen aus den 8. Gymnasialklassenstufen erarbeiten im Fach „Religion“ eine Präsentation, die sich mit einem typisch deutschen Thema beschäftigt und präsentieren diese vor den DIKLA-Klassen, dem Religionslehrer, der Schulsozialarbeit.
	Fertigstellung einer „Willkommen an der NAO“-Broschüre für die DIKLA-Schüler/-innen, die über die wichtigsten Fakten der Schule aufklärt.
	Turnhalle der NAO für Fußballturniere der männlichen DIKLA und andere Klassen, parallel Volleyballturnier mit interessierten Mädchen
	Kulturcafé im Haus der Schulsozialarbeit einmal/Monat – Treffpunkt für DIKLA-Schüler/-innen und EXDIKLA
Finanzierungsideen	Kaffee-/Kuchenverkauf an der Schule durch die Fit for Culture AG
	Förderverein der Schule
	Finanzielle Mittel des Rheingau-Taunus-Kreises
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Mitglieder/Schüler/-innen der Fit for Culture AG erarbeiten Konzepte/Ideen für die Umsetzung der o. g. Ziele

5. Strukturen der Integrationsarbeit



5.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse

Projektidee	Integrative Bildungslandkarte
Ziele des Projektes	Schnelle Übersicht über alle integrativen Bildungsangebote für Migranten und Flüchtlinge schaffen, je nach Alter Herkunft, Asylstatus, Bildungslevel und Finanzierungsmitteln
	Schnelle Informationen schaffen schnellere Bildungsübergänge
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Alle Wissensträger im Kreis aktivieren
	Einen Koordinator bzw. Aufzeichner der Informationen finden und ernennen
	Vor der Erstellung der Bildungslandkarte muss ein Aktualisierungsprozess der Bildungsangebote erfolgen
Finanzierungsideen	Eine Projektstelle zum Projektanschub benötigt ca. 3 Mann-Monate an Personalkosten: Danach muss die Pflege und Beratung über Beratungsstellen laufen
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Ende September 2016: Kick-Off mit Rundem Tisch
	Diakonie und Dekanat Rheingau Taunus als Treiber des Projektes
	Informationsmaterial sammeln, ordnen und pflegen
	Nutzung durch alle in der Bildungsberatung beteiligten Personen

Die folgende Projektidee ist im Workshop „Gesundheit“ entstanden. Da die Idee jedoch auch über den Gesundheitsbereich hinaus verwertbar ist, wird sie in dieser Dokumentation unter der Überschrift „Strukturen der Integrationsarbeit“ aufgeführt. Aus diesem Grund liegt in dieser Projektbeschreibung der besondere Fokus auf dem Thema Gesundheit. Im Falle der Umsetzung müssten dann die anderen Sektionen noch entwickelt werden.

Projektidee	Internetprojekt: Kreisweite Integrations-Website (Sektion: Gesundheit)
Ziele des Projektes	Informationsguide bereitstellen
	Erfahrungsaustausch ermöglichen
	Verbesserung der Prävention und Unterstützung der Gesundheitsförderung
	Akteure miteinander vernetzen: Effizienzgewinn der Akteure ermöglichen
	Angebote für Helfer/innen und Flüchtlinge auf der Internetplattform bereitstellen
	Dezentrale Pflege einzelner Seiten sollte möglich sein
Wen/Was brauchen wir für die Realisierung	Einrichtung eines zentralen Informationsmanagements
	Dolmetscher für die Übersetzung der Seiten einbinden
	Kommunikation von Ärzten, Kliniken, Gesundheitsamt und anderen Gesundheitsakteuren
Finanzierungsideen	Spenden akquirieren
	EU- Mittel
	Landes- und Bundesmittel
Erste Ideen und Ansätze zur Umsetzung	Anregungen für die Umsetzung aus anderen Städten und Kreisen holen
	Zunächst: Erstellung der Hauptseite
	Dann: Clustern der verschiedenen Gesundheitsthemen für Zielgruppe der Akteure und der Flüchtlinge

Impressum

Herausgeber

Rheingau-Taunus-Kreis

Redaktion

imap GmbH

Gladbacher Str. 6
40219 Düsseldorf

Telefon: 0211/513 69 73-0
Telefax: 0211/513 69 73-39

www.imap-institut.de

Stand: September 2016

1. Workshopreihe des Rheingau-Taunus-Kreises

Dokumentation der Ergebnisse

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
Zu dieser Dokumentation.....	2
1. Arbeit und Beruf.....	3
1.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse.....	3
2. Gesundheit.....	10
2.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse.....	10
3. Bildung und Kultur.....	15
3.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse.....	15
4. Wohnen und Gemeinwesen.....	21
4.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse.....	21
5. Mögliche Leuchtturmprojekte.....	27
Impressum.....	28

Zu dieser Dokumentation

Zur Erarbeitung einer nachhaltigen Integrationsstrategie hat die Kreisverwaltung des Rheingau-Taunus-Kreises einen partizipativen Prozess initiiert. Den Beginn dieses Prozesses stellt die Auftaktkonferenz, die am 18.05.2016 in Bad Schwalbach stattfand, dar. Darauf aufbauend wurde im Juli 2016 eine erste partizipative Workshopreihe zu folgenden Schlüsselthemen durchgeführt:



- 1) 5. Juli 2016: Arbeit und Beruf
- 2) 6. Juli 2016: Gesundheit
- 3) 12. Juli 2016: Bildung und Kultur
- 4) 13. Juli 2016: Wohnen und Gemeinwesen

Die Workshopreihe diente der Reflexion und Vervollständigung der Konferenzergebnisse sowie einer Perspektiverweiterung hinsichtlich der Themen, die sich ergeben haben. Daher beinhaltet diese Dokumentation eine kurze, themenfokussierte Bestandsaufnahme zu bereits bestehenden Integrationshilfen pro Handlungsfeld sowie die Ziele und Maßnahmen aus der Konferenz, die um die Workshopergebnisse erweitert und ergänzt sowie auf Zielebene priorisiert wurden. Die in der Tabelle aufgeführten Ziele und Maßnahmen stammen demnach sowohl aus der Auftaktkonferenz vom 18.05.2016, als auch aus den darauffolgenden Workshops.¹

¹ Die Inhalte der in weißer Farbe hinterlegten Zellen stammen von der Konferenz. Die Inhalte der in blauer Farbe hinterlegten Zellen stammen aus der Workshopphase. Die Priorisierungen der Ziele wurde in den Workshops im Juli vorgenommen. Die Zahlen in Klammern bei den Maßnahmen und der Bestandsanalyse geben die Anzahl der jeweiligen Priorisierungspunkte an.

1. Arbeit und Beruf

Moderation: Derya Can

Protokoll: Zeer Hille



1.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse

Auswahl von Integrationshilfen im Handlungsfeld *Arbeit und Beruf* im Rheingau-Taunus-Kreis

Akteure, die bereits Integrationshilfen anbieten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Welcome Center ▪ Agentur für Arbeit ▪ Kommunales JobCenter ▪ ProJob Rheingau-Taunus GmbH ▪ IHK Wiesbaden
Begleitung für Flüchtlinge	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ehrenamtliche UnterstützerInnen ▪ Integrationslotsen ▪ Sozialpädagogische Begleitung ▪ Integrationsbeauftragte
Arbeitsvermittlung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Job-Börse Idstein ▪ Arbeitsmarktbüro Rheingau-Taunus-Kreis ▪ Deutsch-Arabische Online-Angebote der Jobbörse
Arbeitsmarktintegration	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Projekt „Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum“ der Hessischen Staatskanzlei mit der Modellkommune Aarbergen mit dem Ziel der langfristigen Bindung von Zuwanderern an die Kommune wird durchgeführt ▪ Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsplatz“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wird angeboten ▪ Förderprogramm „Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration mit der Zielsetzung benachteiligte junge Menschen zur Aufnahme eines Ausbildungs- bzw. Arbeitsverhältnisses durch arbeitsmarktorientierte Vorbereitung und Qualifikation zu befähigen ▪ Programm „Wirtschaft integriert“ des Bildungswerkes der Hessischen Wirtschaft e.V. richtet sich an junge Flüchtlinge und Zuwanderer: <ul style="list-style-type: none"> ○ Berufsorientierung Plus mit berufsbezogener Sprachförderung ○ Einstiegsqualifizierung mit berufsbezogener Sprachförderung ○ Betriebliche Ausbildung (mit Ausbildungsplatzförderung für Betriebe) ○ Ausbildungsbegleitung für Flüchtlinge ▪ Projekt „Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen“ der Hochschule Fresenius und der Stadt Idstein wurde initialisiert, um Flüchtlinge und Unternehmen schneller zusammenzubringen. ▪ Handwerkerstammtisch findet in Idstein statt ▪ Maßnahme „Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädi-

	<p>gung“ ist eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme in Deutschland, die Arbeitslose bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen soll</p>
Arbeitseinstieg	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stellen des Bundesfreiwilligendiensts und des Freiwilligen Sozialen Jahrs werden bereits mit Flüchtlingen besetzt (II) ▪ Praktika im Bereich des betreuten Wohnens werden mit Flüchtlingen besetzt ▪ Projekt „First Step – Alten- und Krankenpflege“ mit dem Ziel MigrantInnen sowie Geflüchtete in Beschäftigungsverhältnisse im Pflegebereich zu bringen ▪ Hotel- und Gastronomieverband DEHOGA Hessen e.V. „Beschäftigung und Ausbildung von Flüchtlingen“ mit dem Ziel die Beschäftigung und Ausbildung in der Gastronomie und Hotellerie von Geflüchteten zu fördern ▪ Gemeinschaftsunterkünfte, aber auch staatliche, kommunale, kirchliche oder gemeinnützige Träger und Vereine können Flüchtlingen „Arbeitsgelegenheiten“ mit einer Aufwandsentschädigung von 1,05 € pro Stunde zur Verfügung stellen (§5 Asylbewerberleistungsgesetz) ▪ Integration in das Gesundheitssystem

Ziele und Bausteine	Maßnahmenideen
Kultursensibles Verständnis im beruflichen Kontext fördern (18 Priorisierungspunkte)	Begegnungen durch gemeinsame Aktivitäten zwischen MigrantInnen mit Mitarbeitenden und Arbeitgebern schaffen
	Kulturbeauftragte in Betrieben benennen
	Förderung von kultursensiblen Verständnis in Schulen vorantreiben
	Passende (religiöse und kulturelle) Arbeitsangebote schaffen
	Jedem Flüchtling eine/n Patin/Paten in Betrieben für einen begrenzten Zeitraum zur Seite stellen
	Ein Kulturcafé zum interkulturellen Austausch eröffnen
Kulturelle Werte und Haltungen vermitteln	<p>Flächendeckende interkulturelle Kurse für unterschiedliche Zielgruppen einführen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ehrenamtliche und Flüchtlinge im Bereich der interkulturellen Kompetenz (u.a. in InteA-Klassen der Beruflichen Schulen) schulen ▪ Fortbildungen in Firmen und Ämtern zum Thema Interkulturalität anbieten
	Vor Schwarzarbeit warnen
	Verkehrserziehung für Geflüchtete anbieten
Akzeptanz innerhalb der Belegschaft stärken (3 Priorisierungspunkte)	Zusätzliche Begegnungen schaffen: Sport, Kultur, Feste, Kindergarten

	Ideenpools für alle etablieren, um Mitarbeitende aktiv am Integrationsprozess zu beteiligen
	Flüchtlingsbeauftragte/n benennen (Vertrauensperson bei Konflikten)
	Arbeitspatenschaften etablieren
	Konsequent über Kulturunterschiede informieren und Gemeinsamkeiten fördern
Arbeitgeber sensibilisieren (1 Priorisierungspunkt)	Die Betriebe für die Beschäftigung von Flüchtlingen sensibilisieren
	Handwerkertisch als Begegnungsstätte und zum Austausch von Erfahrungen initialisieren
	Bestehende Kooperationen für Flüchtlingsintegration sensibilisieren (IHK, Gewerbevereine, "Bündnis für den Mittelstand", DEHOGA e.V., etc.)
	Interkulturelles Verständnis bei Arbeitgebern herstellen
	Eine offene Haltung für andere Denkstrukturen und Kreativitätspotenzial etablieren
	Seminar für Arbeitgeber zum Thema "Kulturelle Besonderheiten" anbieten
Fähigkeiten erkennen und fördern (24 Priorisierungspunkte)	Investitionsprogramme, um Talente zu fördern und das Weiterführen der Tätigkeit zu ermöglichen (2)
	Frühestmögliche informelle und formelle Kompetenzfeststellung der Zuwanderer erreichen und diese fördern (2)
	Erfassungssystemen für die systematische Kompetenzfeststellung in Flüchtlingsunterkünften (bereits in Planung für Erstaufnahmeeinrichtungen) einführen (2)
	Konzept „Profil-Pass“ nutzen, um Kompetenzen zu erfassen
	In den Erstformularen eine Abfrage im Form eines Steckbriefs verankern (2)
	Verfahren zur Erstellung von Kompetenzprofilen einrichten
	Unterschiedliche Voraussetzungen jugendlicher Männer und Frauen (Sprachniveau, Ausbildung, etc.) erfassen
	Anerkennung bereits erworbener Qualifikationen vorantreiben
	Erworbene Sprachkenntnisse nutzen
	Systematischer Abgleich von aktuellem Bedarf an Arbeitskräften und bestehenden Fertigkeiten bei Geflüchteten durchführen
Arbeitsvermittlung von speziellen Bedarfsgruppen fördern	Angebote, spezielle Programme, Möglichkeiten der Berufsausbildung für die Zielgruppe zugewanderter, junger Männer 20+ schaffen

	Förderprogramme für Existenzgründende initiieren
	Ausbau des Beispielprojekts „OPEN – Pflegestützpunkte“ zur Akquisition von älteren Zugewanderten als Pflegekräfte oder auch zur Nutzung des Angebots selbst
Berufsintegration ohne/mit geringen Sprachqualifikation ermöglichen (8 Priorisierungspunkte)	Sprachliche Erfordernisse bei der Arbeitsmarktintegration lockern
	Praktische Berufsausbildung: Vorziehen der Praxisteile in der Ausbildung, Nachholen sprachlastiger Ausbildungsabschnitte zu einem späteren Zeitpunkt ermöglichen
	Verzahnung von Spracherwerb und Berufsvorbereitung (2)
	Modulare Qualifizierung in Verbindung mit berufssprachlichem Deutschunterricht
	Differenzierte Angebote nach Zielgruppen schaffen
	Auch Flüchtlinge, die Analphabeten sind, brauchen eine Beschäftigung: „Wenn jemand nicht schreiben kann, soll er wenigstens arbeiten gehen.“
	Praktika in Betrieben anbieten
	Sprachsensiblen Unterricht verbessern
	Mehr Lehrkräfte bereitstellen und zudem eine schnellere Zertifizierung von Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen
Berufsintegration von Frauen fördern (8 Priorisierungspunkte)	Speziellen Sprachkurse für Mütter inklusive Kinderbetreuung schaffen
	Mehr Kindergartenplätze einrichten
	Möglichkeit ehrenamtlicher Kinderbetreuung in Betracht ziehen
	Anfrage an Kreis bezüglich der Finanzierung der Kinderbetreuung z.B. Finanzierung von Tagesmüttern
Arbeitseinstieg fördern	Betriebsbesichtigungen anbieten, um Grundlagen über das Arbeitsleben zu vermitteln und Kontakte zwischen Flüchtlingen und Arbeitnehmern herzustellen
	Berufseinstiegsqualifikation als Maßnahme anbieten, mit dem Ziel über Ausbildungsmöglichkeiten aufzuklären
	Arbeitsplatz und Praktikum zur Verfügung stellen, dabei Praktikum als Einstieg nutzen z.B. Begegnungsort zwischen Flüchtlingen und Menschen mit Handicap initialisiert → Vermittlung in die Ausbildung zum HeilerziehungspflegerIn (2)
	Berufspraktika in Betrieben anbieten (2)
	Mitarbeit (direkt nach Ankunft?) in Betrieben ermöglichen

Migrantinnen und Migranten möglichst schnell aus der Pas- sivität holen (9 Priorisierungspunkte)	Arbeitsfähigkeit durch Ausbau von Sozialfähigkeiten herstellen, indem Tagesstruktur von Anfang an vermittelt wird. Durch z.B. Dienste in der Erstaufnahmeeinrichtung, ehrenamtliche Aufgaben
	Kombination von Angeboten über den Tag verteilt (bspw. morgens nachbarschaftliche Tätigkeiten, mittags Arbeit und abends Berufsvorbereitungskurse)
	Programm "Learning by doing" zur parallelen Strukturierung des Spracherwerbs und der Berufstätigkeit initialisieren
	Gesetzliche Vorgaben voll ausschöpfen (z.B. §5 Asylbewerberleistungsgesetz)
Selbstbestimmtes, finanziell unabhängiges Leben ermögli- chen (3 Priorisierungspunkte)	Nachhaltige Berufsqualifikation anstreben
	Spezielle Angebote zum Abschluss von Schulausbildungen anbieten
	„In Arbeit investieren – nicht in Arbeitslosigkeit“
	In mehr Ausbildungsplätze investieren
	Subventionierte Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt nutzen
	Ausbau der Integrationskurse fördern
Bürokratieabbau bei der Ar- beitsvermittlung (10 Priorisierungspunkte)	Unbürokratische behördliche Abwicklung für Arbeitswillige erreichen
	Mitarbeit (direkt nach Ankunft?) in Betrieben ermöglichen
	Entscheidungskompetenz runterbrechen auf lokale Ebene
	Lokale Vermittlungsstellen mit gebündelten Informationen einrichten
	Kreisweite Schnittstelle einrichten, die für einheitliche Prozessabläufe sorgt
	Einrichtung einer Matrixorganisation zwischen funktionaler Beratung und individueller Begleitung
	Etablierung eines Jobcoaches/ Jobpaten als Stütze und Koordinator bei der Arbeitsvermittlung im Einzelfall
Transparenz über Arbeitsange- bote schaffen (4 Priorisierungspunkte)	Übersicht über Vermittler und Berater erstellen
	Aktuelle Informationen über Fördermöglichkeiten bereitstellen
	Aufbau einer Betriebsdatenbank für potenzielle Arbeits- und Praktikumsplätze
	Instrument für den Abgleich Angebot-Nachfrage schaffen
	Auf Basis von Nachfrage- und Qualifikationsanalysen entsprechend passende Angebote schaffen

	Kompakte Informationen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammentragen
	Informationsfluss zwischen Kreis und Jobcenter verbessern
Informationen über Möglichkeiten am Arbeits- und Ausbildungsmarkt geben	Handwerkerbörse durchführen
	Jobbörse für Flüchtlinge schaffen
	Beratung der Flüchtlinge in Bezug auf berufliche Perspektiven durchführen
	Beraten bei Berufs-, Ausbildungs- und Schulwahl: Was bringe ich mit, was kann ich damit vermutlich werden? Was kann ich nach einem Praktikum machen?
	Strukturübersicht von individuellen passgenauen Angeboten erstellen
Kooperation mit Arbeitgebern und Akteuren der Wirtschaft fördern (10 Priorisierungspunkte)	Kooperationen mit Betrieben fördern
	Arbeitgeber mit Eingewanderten vernetzen
	Arbeitgeber für Menschen mit Migrationshintergrund als potenzielle Arbeitnehmer sensibilisieren
	"Vitamin B" - Anstellungsverhältnisse über persönliche Kontakte herstellen
	Einstiegsqualifikation (EQ) der Agentur für Arbeit stärker nutzen
	Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA e.V. einbinden
	Handwerkertisch konkret in Integrationsbemühungen einbinden (Azubimangel)
Mehr Arbeitsplätze schaffen (7 Priorisierungspunkte)	Institutionen im Landkreis zur Auflistung ermutigen, wo es Beschäftigungsmöglichkeiten auch im niedrigqualifizierten Bereich bei ihnen gibt
	Mehr Arbeitsplätze schaffen
	1 Euro Jobs für Flüchtlinge anbieten
	Verhindern, dass Jobs für Flüchtlinge von Deutschen oder EU-Mitgliedern gemacht werden
	Ausschöpfen der Arbeitsgelegenheiten gemäß Asylbewerberleistungsgesetz
	Ausschöpfen der Arbeitsgelegenheiten gemäß des neuen Integrationsgesetzes (Arbeitsgelegenheiten in Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen)

Praktika als Maßnahmenbestandteil anbieten und hierbei Mindestlohnregelungen lockern

Maßnahme "Einstiegsqualifizierung" des Projektes "Wirtschaft integriert" vermehrt bewerben und nutzen

2. Gesundheit

Moderation: Derya Can

Protokoll: Zeev Hille



2.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse

Auswahl von Integrationshilfen im Handlungsfeld <i>Gesundheit</i> im Rheingau-Taunus-Kreis	
Akteure, die bereits Integrationshilfen anbieten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Islamisches Kulturzentrum ▪ Café International – Familienzentrum Taunusstein ▪ Elternfrühstück der Integrierten Gesamtschule Obere Aar ▪ Pro Familia
Sprachliche Verständigung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sprachliche Verständigung durch Integrationslotsen und –lotsinnen sichergestellt ▪ Mehrsprachiges Informationsmaterial ist vorhanden ▪ Liste zu Sprachkenntnissen liegt in Kliniken aus
Grundversorgung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Impfungen werden durchgeführt ▪ Sozialpsychiatrischer Dienst – kurzfristige Krisenintervention findet statt ▪ Ärztliche Versorgung in Flüchtlingsunterkünften ist sichergestellt ▪ Klientenbetreuung der Diakonischen Werke wird angeboten ▪ Suchtberatung
Präventiv-Programme	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesundheitsfördernde Maßnahmen in Kindertagesstätten und Schulen (Gesundheitserziehung) werden angeboten ▪ Koordination durch Sportcoaches des Sportkreises wird durchgeführt ▪ Programm „Frauen als Übungsleiterinnen“ im Rahmen des Projektes „Gemeinsam Integration bewegen (GIB)“ wird angeboten ▪ Projekt „OPEN – Pflegestützpunkte in Hessen“ für pflege- und alters- oder gesundheitsbedingte hilfebedürftige Menschen wurde initialisiert

Ziele und Bausteine	Maßnahmenideen
Vorhandene Informationen zu gesundheitlichen Themen bündeln und mehrsprachig zugänglich machen (10 Priorisierungspunkte) und	Einrichtung eines Runden Tisches Gesundheit mit allen wichtigen Akteuren und Angebotsanbietern
	Erstellen einer Prozesslandkarte mit einem Wegweiser über alle medizinischen Angebote
	Implementierung von Online-Angeboten zur Informationsübersicht (z.B. in Form von mehrsprachigen Websites oder Apps mit Möglichkeit zur Schlagwortsuche)

<p>Transparenz über Angebote und Zugänge zu diesen schaffen (4 Priorisierungspunkte)</p>	
<p>Gesundheitssystem verstehen und in Anspruch nehmen können (10 Priorisierungspunkte)</p>	<p>Sozialraumbezogene Angebote in unmittelbarer Nähe der Zielgruppe einrichten</p> <p>Prozesslandkarte mit allen Akteuren zur Orientierung erstellen</p> <p>Vereinfachung des Kostenübernahmeerklärungsverfahrens erwirken</p> <p>Niederschweligen Zugang zu Versorgungsstrukturen garantieren</p> <p>Begegnungsstätten schaffen und nutzen für Kommunikation und Informationsvermittlung</p> <p>Ein Ankommen in Sicherheit und geregelten Strukturen sichern (1)</p> <p>Präventiv sichere zwischenmenschliche Beziehungen und Bindungen herstellen</p>
<p>Sprachliche Verständigung optimieren (8 Priorisierungspunkte)</p>	<p>Vermeehrt Sprachkurse anbieten</p> <p>Dolmetscherpool mit sowohl professionellen als auch ehrenamtlichen Dolmetschern bzw. Dolmetscherpaten aus Herkunftsländern, die Ehrenamtlichen unterstützend zur Seite stehen können</p> <p>Zugriffsmöglichkeiten auf Informationen optimieren, um gezielt in Erfahrung bringen zu können, wie man mit Dolmetschern in Kontakt treten kann (beispielsweise über Flyer)</p> <p>Schulungen und Kurse für Ehrenamtliche und medizinisches Personal jeglicher Art anbieten, um im Sinne einer beidseitigen Annäherung grundlegende und für die medizinische Versorgung wichtige Begriffe auf verschiedenen Sprachen zu vermitteln</p> <p>Standardisierung von Kommunikationshilfen in Form von sprachfreien, grafischen Hilfestellungen (z.B. in Form von Piktogrammen, Schmerzskalen mit Emoticons, Symbole, etc.)</p> <p>Verwendung leichter Sprache</p> <p>mehrsprachiges Informationsmaterial zusammenstellen</p> <p>Anfrage beim Frankfurter Gesundheitsamt bezüglich Zugriff auf den Pool ehrenamtlicher Dolmetscher zum Aufbau eines entsprechenden Services für den Landkreis Rheingau-Taunus</p>
<p>Interkulturelle Kompetenz schulen</p>	<p>Berücksichtigung des kulturellen Hintergrunds bei der Beratung stärken</p>

(6 Priorisierungspunkte)	Interkulturelle Fortbildungen zu verschiedenen Themen für verschiedene Zielgruppen anbieten (Kommunikation, Konfliktmanagement, Kompetenz, etc.)
	Einsatz von Referentinnen und Referenten aus Herkunftsländern zur besseren Vermittlung der Migrantenperspektive auf deutsche Strukturen fördern
	Interdisziplinäre Seminare für alle im Gesundheitsbereich tätigen Berufsgruppen anbieten
	Veranstaltung gemeinsamer Kochabende zum interkulturellen Austausch über Kochgewohnheiten und –präferenzen (z.B. zur Frage, was unter gesundem Essen verstanden wird o.ä.)
	Veranstaltungen zum interkulturellen Wissenstransfer bezüglich Gesundheitsthemen (Welche kulturbedingten Interventionen gibt es beispielsweise bei Erkältungen, was versteht man unter Krankheit? etc.)
	Für Professionelle im Gesundheitssystem Veranstaltungen zu ethnomedizinischen Fragen anbieten
	Durchführung einer umfangreichen Recherche, welche Medien (Broschüren oder elektronische Träger) in Deutschland vorhanden sind, um Akteuren der Heilberufe Informationen zu ethnomedizinischen Fragen und interkultureller Kompetenz in großer Zahl anbieten zu können
Gesundheitliche Versorgung sicherstellen und Strukturen des Gesundheitssystems öffnen (4 Priorisierungspunkte)	Einsatz von medizinischem Personal aus Herkunftsländern, um Kontaktaufnahme zum Gesundheitssektor für Geflüchtete zu erleichtern
	Kompetente Beratung in diversen Themen anbieten (Schwangerschaft, Drogen und Alkohol, Kindergesundheit, psychosoziale Gesundheit, Ernährung, Sport, Sexualaufklärung, Hygiene etc.)
	Hilfe zur Selbsthilfe geben und auf eine gesundheitliche Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten fokussieren (1 Priorisierungspunkt)
	NutzerInnen Empowerment betreiben (2)
	AnbieterInnen Empowerment fördern (1)
	Krankenkassenkarte für Flüchtlinge einführen, um ständiges Beantragen zu ersparen
	Gesundheitliche Versorgung von der Entbindung bis ins hohe Alter unabhängig vom Hintergrund garantieren
Gesundheitsprävention und –erziehung vorantreiben (1 Priorisierungspunkt)	Präventionsangebote und Informationen zur Zahnhygiene in einer Einrichtung bündeln (z.B. Zahnärzte vor Ort in Flüchtlingsunterkünften zu Kontrolluntersuchungen und präventiver Wissensvermittlung einsetzen)

	Niederschwellige Schulungen (in den Herkunftssprachen) zu den Themen Ernährung, Gesundheit und kindliche Entwicklung für Frauen und insbesondere Mütter kleiner Kinder anbieten
	Informationsangebote zu Gesundheitsthemen präventiv zusammenstellen und in Unterkünften verteilen
	Vernachlässigte Kinder frühzeitig identifizieren und eine positive Entwicklung garantieren
	Frauen zu Übungsleiterinnen im Sportbereich qualifizieren (z.B. im Rahmen des Projektes „Gemeinsam Integration Bewegten“)
	Zugang zu Vereinen ohne Beitragszahlungen ermöglichen
	MigrantInnen als Sportcoaches gewinnen, um sie in den jeweiligen Gemeinden und Städten fest einzubinden (z.B. durch die Übertragung bestimmter Aufgaben wie die Organisation von Festen und Veranstaltungen rund um den Themenbereich Sport)
Ernährungsberatung anbieten (4 Priorisierungspunkte)	Regelmäßige Kochkurse zur Vermittlung einer gesunden Ernährungsweise veranstalten
	Spezielle Beratungsangebote zur Ernährung von Neugeborenen anbieten
	Spezielle Beratungsangebote zur Ernährung von Kindern durchführen
Unterstützung bei psychischer Erkrankung fördern	Kompetenzstärkung im Umgang mit traumatisierten Menschen ermöglichen
	Psychologische Betreuung sicherstellen
	Sensibilisierung für psychische Symptome und psychosomatische Störungen, um traumatisierte Personen leichter identifizieren und die Wege und Möglichkeiten der professionellen Hilfe nutzen zu können
	Beratung bei psychischen Belastungssymptomen anbieten und Kontakt zu Therapeuten herstellen
	Schulungen zu psychischen Auffälligkeiten und Störungen anbieten
	Kooperationen mit den Therapeuten-Organisatoren in benachbarten großen Städten anregen (z.B. FATRA in Frankfurt)
Stärkung des Ehrenamtes (4 Priorisierungspunkte)	Gesundheitliche Unterstützung des Ehrenamtes fördern z.B. in Form einer psychologischen Burn-Out-Prophylaxe
	Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements zur Motivierung und als Pufferressource bei psychischer Belastung fördern
	Professionelle Begleitung und Koordination auf Ebene der Kreisverwaltung und in den Kommunen mit bilateralem Informationsfluss zwischen Haupt- und Ehrenamt ermöglichen

	Supervisionen und Fortbildungen anbieten und den Kontakt für Erfahrungsaustausch zwischen Einrichtungen und Einzelpersonen nutzen
	Im Gesundheitsbereich gut vernetzte Personen als Ansprechpartner für medizinische Notfälle im Kreis benennen → Gesundheitsverantwortliche(r) für Eingewanderte/Flüchtlinge
	Informationen für Notfälle auf Kreisebene leicht auffindbar und erreichbar bereitstellen
	Informationsplattformen wie Foren oder Netzwerke einrichten, die dem Wissenstransfer und der Vernetzung der Akteure dienen

3. Bildung und Kultur

Moderation: Derya Can

Protokoll: Alexandra Wiegert



3.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse

Auswahl von Integrationshilfen im Handlungsfeld *Bildung und Kultur* im Rheingau-Taunus-Kreis

<p>Sprachförderung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sprachförderung durch Landesmittelfinanzierung wird bereits in Kitas und KiGas, z.B. durch spezielle SpracherzieherInnen, angeboten (2). ▪ Intensivklassen (InteA-Klassen „Integration und Abschluss“) an beruflichen Schulen mit dem Zweck der Sprachförderung und des Zugangs zu Ausbildung und Beruf wurden für 16- bis 18-Jährige etabliert (6). ▪ An den Regelschulen werden Deutschintensivklassen (Dikla) für die Sprachförderung, mit dem Ziel die Schüler nach einem Jahr in den Regelunterricht einzugliedern, etabliert (5). ▪ Es gibt Sprach-, Integrationskurse und diverse andere Kurse z.B. „Deutsch als Zweitsprache“ oder „Kompetenz und Qualifikation des Ehrenamts“, die von der VHS angeboten und z.T. mit Landesmitteln finanziert werden (4). ▪ Niederschwellige Sprachkurse „Mama lernt Deutsch“ finden statt, in denen neben der deutschen Sprache u.a. Informationen über das Bildungssystem, Weiterbildungsmöglichkeiten, Freizeit- und Beratungsangebote gegeben werden (2). ▪ Berufsbezogene Sprachförderung (BAMF-ESF) wird angeboten ▪ Eine vielfältige Unterstützung beim Spracherwerb wird angeboten und es gibt ein großes Angebot an ehrenamtlich durchgeführten Sprachkursen (2). ▪ Durch die Wanderausstellung Mehrsprachigkeit des Bundesverbands Leseförderung „1000 Bücher – 1000 Sprachen“ werden Bücher auf unterschiedlichen Sprachen zum Thema Anderssein, Toleranz und Miteinander, allen Interessierten zur Verfügung gestellt.
<p>Integration und Teilhabe</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Auf lokaler Ebene sind Flüchtlingshelferkreise entstanden z.B. mobile Flüchtlingshilfe (Idstein) mit praktischen Hinweisen für Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer (2). ▪ Ehrenamtliche und hauptamtliche Flüchtlingsbegleitung findet statt z.B. bei Behördengängen (2). ▪ Vereine (Kultur), Sportvereine, der Sportkreis RTK und die freiwillige Feuerwehr engagieren sich im Bereich der Flüchtlingshilfe (2). ▪ Es wird eine Vielzahl an Integrationskursen von verschiedenen Trägern angeboten (2). ▪ Es gibt IntegrationslotsInnen im Kreis, die andere Migrantinnen und Migranten beraten, begleiten und unterstützen (2).

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vom hessischen Justizministerium werden in Zukunft Rechtsstaatsklassen angeboten, in denen deutsches Recht und deutsche Werte in der jeweiligen Landessprache der Geflohenen vermittelt werden. ▪ Teilhabe und aktive Beteiligung an Veranstaltungen ist zu beobachten wie z.B. an „ldstein kocht“ – Zubereitung von landesüblichen Gerichten und dem Elterncafé mit internationalem Frühstück (4). ▪ Die Teilnahme an Festen und Feiern, z.B. Sommerfeste in den Unterkünften, findet statt. ▪ In der Mediathek Eltville (Phillip-Kraft-Stiftung) findet die Veranstaltungsreihe „Völkermühle“ statt, im Rahmen derer Flüchtlinge die Gelegenheit haben ihr Land vorzustellen und Besucher die Möglichkeit haben Fragen zu stellen. (II) ▪ „Refugees Welcome to Rheingau“ ist eine Bürgerinitiative im Bereich Flüchtlingshilfe und dient als Informations- und Austauschplattform. ▪ Alltagswissen wird durch Freizeitaktivitäten, Aktivitäten im Verein und durch Ehrenamtliche vermittelt. ▪ Es gibt eine Vielzahl an Patenschaftsprojekten. ▪ Ein gemeinsames Lernen voneinander findet in den Schulen statt. ▪ In den Schulen wird Verkehrserziehung vermittelt. ▪ Es wird Schulsozialarbeit betrieben. ▪ Offene Jugendarbeit wird angeboten und in Jugendzentren z.B. KOOP werden Veranstaltungen wie z.B. Musikveranstaltungen angeboten (3). ▪ Es gibt den Jugendmigrationsdienst (JMD), der Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund berät, fördert und unterstützt und auch das Jugendamt hat spezielle Angebote. ▪ Es gibt ein vielfältiges Beratungsangebot von verschiedenen Trägern. ▪ Spezielle Angebote des JobCenters und der Agentur für Arbeit z.B. Berufsvorbereitungskurse oder in Kooperation mit Betrieben die Einstiegsqualifizierung (EGg) (2). ▪ Es werden „Runde Tische“ initialisiert. ▪ Mehrgenerationenhäuser sind im Kreis etabliert.
--	--

Ziele und Bausteine	Maßnahmenideen
Bewusstsein für Diversität in der Gesellschaft schaffen (7 Priorisierungspunkte) und interkulturelle Kompetenz fördern (8 Priorisierungspunkte)	Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und des Personalmanagements
	Weiterbildungen zum Thema interkulturelle Kompetenz anbieten
	Kulturelle Vielfalt nutzbar machen, indem man auf bestehende Institutionen und Strukturen zurückgreift (2)
	Miteinander und voneinander lernen
	Maßnahmen zur Demokratieförderung initialisieren (4)
Verarbeitung und Überwindung	Ehrenamtliche Dolmetscher fördern und schulen

<p>des „Kulturschocks“ (5 Priorisierungspunkte)</p>	Professionalisierung der Dolmetscher durch anerkannte Zulassung fördern
	Liste über verfügbare Dolmetscher erstellen
	Chorprojekt für Frauen umsetzen
	Einbindung in Musikfestivals z.B. Rheingau Musik Festival fördern
	Förderung von regionalen Kinos, die Filme aus verschiedene Ländern und Kulturen zeigen
	Filme selbst z.B. im Rahmen der Jugendarbeit drehen
	Kochprojekte z.B. Brot backen initialisieren
	Nutzung von verschiedenen Medien vorantreiben
	Austausch über Handarbeit, Kunsthandwerk etc. ermöglichen
	Bibliotheken als Begegnungsstätten nutzen (2)
	Austausch über Lebensart, Religion und Kultur ermöglichen
	Feste international ausrichten
	Mehrsprachige Information zu Festen und Veranstaltungen zur Verfügung stellen
	Alltagshilfen zur Verfügung stellen (2)
Ehrenamt für Geflüchtete öffnen (4)	
<p>Kompetenzen der Menschen nutzen und als ganze Person wahrnehmen (12 Priorisierungspunkte)</p>	Gibt es Geflüchtete, die mit Kindern gerne Musik machen, Leuten zeigen, wie man ein Musikinstrument spielt?
	Geflüchtete einladen, um an diesem Prozess teilzunehmen (2)
<p>Unterstützung des Ehrenamts (11 Priorisierungspunkte)</p>	Angebote koordinieren und transparent machen z.B. zentrale Beratungsstelle, die Unterstützungsangebot anbietet
	Transparenz schaffen über bestehende Rollen der Akteure in der Flüchtlingsarbeit (Kreis, Stadt, Ehrenamtliche)
	Bildungsangebote für HelferInnen z.B. Diakonie und Kirchen anbieten
	Soll- und Ist-Analyse über Rollen und Verantwortliche durchführen, auf deren Grundlage eine Angebotskoordinierung und ein Monitoring stattfinden kann, um Optimierungsbedarfe aufzudecken

	Prozessbeschreibung und Checklisten zur Verfügung stellen
Kulturangebote und Vereine öffnen (3)	Niederschwellige Kulturangebote konzipieren
	Veranstaltungen für alle Zielgruppen wohnortnah öffnen
	Interkulturelle Kompetenz: Theater, Museen, Musik, Kommunikation und Vorbereitung der Kontaktpersonen
	Kulturangebote im Sinne von Teilhabe aller öffnen / Zugänge schaffen bzw. ermöglichen
Bessere Begleitung der Bildungsübergänge (12 Priorisierungspunkte)	Best-Practice-Beispiele veröffentlichen und daran angelegte neue Projekte initialisieren
	Erfahrung und Wissen transparent machen, um die entsprechenden Organisationen zu unterstützen und Prozesse zu vereinfachen
Kontinuität der Strukturen und Angeboten fördern	Einschränkung von Unterkunftswechseln, um eine Kontinuität z.B. in der Beschulung zu sichern
	Alternative Maßnahmen entwickeln, die den Wegfall von sozialpädagogischer Betreuung bei Flüchtlingen über 18 Jahren auffängt
	Gemeinnützige Vereine gründen, um finanzielle Engpässe zu überbrücken
	Kreis schult die Menschen zu konkreten Themen
	Interdisziplinäre Beratungsangebot (Zielgruppen: Ehrenamt, kommunale Vertreter) vor Ort anbieten
Bessere Verzahnung der Verwaltung (10 Priorisierungspunkte)	Koordinierungsstellen einrichten mit bekannten Ansprechpartnern, um Transparenz über bestehende Angebotsstruktur herzustellen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Koordinierungsstelle (1) – Bürgerschaft und Kommunen ▪ Koordinierungsstelle (2) – über Bürgerschaftliches Engagement Projektbeispiele: Allianz für Menschlichkeit im Rheingau-Taunus-Kreis + Interkommunale Arbeitsgruppe in Taunusstein (Fr. Keßler)
	Themen identifizieren, die auf Kreisebene zentralisiert werden sollen und die lokal vor Ort sinnvoll sind
	Transparenz bezüglich der Verwaltungswege herstellen
	Internet-Plattform für Kontakte und Austausch erstellen z.B. Auftrag im Rahmen einer studentischen Bachelor-Arbeit (gibt bereits ROXTRA-Plattform)
	Terminkoordination verbessern (Dolmetscher, Ehrenamtler und Flüchtling)
Einfache Sprache in der Verwaltung	Publikationen aus Behörden in einfacher Sprache erstellen

tung einführen (4)	Schriftverkehr in „leichter“ Sprache gestalten
	Mehrsprachiges Informationsmaterial bereitstellen
Sprachkurse über andere Akteure und Formate anbieten (6 Priorisierungspunkte)	Über Vereine kostenlose Sprachkurse für Flüchtlinge anbieten
	Ehrenamt soll sich stark bei der Sprachvermittlung beteiligen
	Sprach Tandems sowohl zwischen „neuen“ und „alten“ Eingewanderten sowie zwischen Eingewanderten und Einheimischen vermitteln
	Spracherwerb in Freizeitangebote integrieren (Kochkurse, Spielabende, Sportaktivitäten etc.) (2)
	Digitale Medien für den Spracherwerb nutzen auch in den Unterkünften
	Akteure professionalisieren und unterstützen
Vorschulischer Spracherwerb fördern (5 Priorisierungspunkte)	Kinder ab drei Jahren in den Kindergarten verpflichtend eingliedern (5)
	Partnerschaften zu Kitas und Flüchtlingsunterkünften initialisieren
	Lese-Opas und Omas gewinnen
	Anreize z.B. Ehrenamtscard schaffen
	Unterstützung und Gewinnung von Ehrenamtlichen, z.B. durch Online-Plattform vorantreiben
	Integrationsvereinbarungen treffen
	Angebote der Schulvorbereitung ausbauen
Bilingualität fördern / nutzen; Herkunftssprache würdigen (4 Priorisierungspunkt)	Muttersprachliche VorleserInnen für Kitas und Grundschulen gewinnen
Sprachkursbeginn schnell herbeiführen (1 Priorisierungspunkt)	Wartezeiten für die Aufnahme eines Sprachkurses oder eine Arbeitstätigkeit verkürzen (insbesondere für Jugendliche zentral, ehe sie z.B. 1,5 Jahre praktisch nichts tun)
Sprachkursangebot ausbauen	Einrichtung von mehr Plätzen in Integrationskursen bzw. mehr Integrationskurse, so dass mehr Personen nach weniger Wartezeit teilnehmen können
	Unabhängig von Herkunft Deutschkurse frühzeitig und verbindlich anbieten

	Lehrkräfte zur Sprachförderung finden
	Sprachangebote auf unterschiedlichen Niveaus anbieten (niedrigschwellige Alphabetisierung, Einsteiger, Fortgeschrittene etc.) (2)
Sprach- und Integrationskurse für besondere Bedarfsgruppen (z.B. Berufstätige)	Berufsfeldbezogene und berufsbegleitende Sprachvermittlung anbieten, um interaktiv in den Beschäftigungsalltag zu integrieren. Arbeitgeber dafür in den Spracherwerb mit einbeziehen (3)
	Sprach- und Förderangebote auch für Langzeitasylbewerber bereitstellen (z.B. Duldung etc.) (2)
	Integrationskurse für Frauen durchführen
	Sprachkurse für jedes Alter anbieten (2)
	(verpflichtende?) Sprachangebote auf unterschiedlichen Niveaus anbieten: niedrigschwellige Alphabetisierung, Einsteiger, Fortgeschrittene etc.
Alphabetisierung	Leseförderung in verschiedenen Sprachen anbieten
	In Schulen mehr Lehrkräfte einstellen, um Alphabetisierung zu erhöhen. Dazu auch ehrenamtliche Lehrkräfte nutzen

4. Wohnen und Gemeinwesen

Moderation: Derya Can

Protokoll: Alexandra Wiegert

4.1. Dokumentation der Arbeitsergebnisse



Auswahl von Integrationshilfen im Handlungsfeld *Wohnen und Gemeinwesen* im Rheingau-Taunus-Kreis

<i>Wohnen</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Geflüchtete werden in Gemeinschaftseinrichtungen des Kreises (ab 150 Bewohner) untergebracht ▪ In den Kommunen werden sie in kleineren (wohnnahen) Einrichtungen untergebracht (Der Rheingau-Taunus-Kreis zahlt pro Bewohner täglich an die Kommune 11,50 € für Unterbringung und die sozialpädagogische Betreuung) ▪ Wohnungsämter der Kommunen sind Anlaufstellen für die Vermittlung von Sozialwohnungen, Beantragung von Wohngeld etc. ▪ Es werden immer mehr Privatwohnungen in den Kommunen an Flüchtlinge vermietet ▪ Es findet eine ehrenamtliche Wohnungsvermittlung statt und die HelferInnen greifen hierbei auf ihr persönliches Netzwerk zurück ▪ Durch Patenbegleitung wird eine Kontakthilfe zwischen Vermieter und potenziellen Mietkandidaten hergestellt ▪ Eine zunehmende dezentrale Unterbringung ist zu beobachten
<i>Polizei</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Es wurden Ansprechpartner bei der Polizei für die Liegenschaften und Objekte benannt ▪ Es wurden vertrauensbildende Maßnahmen der Polizei in Einrichtungen durch den Migrationsbeauftragten durchgeführt ▪ Es wurde der Migrationshintergrund, sprachliche und sonstige Kompetenzen bei den Polizeibeamten erhoben ▪ Es wird das Projekt „Polizei zum Anfassen“ durchgeführt
<i>Vereine</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Es gibt zahlreiche Angebote von Vereinen z.B. kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen v.a. für Kinder (2) ▪ Die Freiwillige Feuerwehr sucht nach Aktiven in der Gesamtbevölkerung
<i>Begegnungsorte</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einbindung von Geflüchteten in Ferienprogramme und Ausflüge ▪ Begegnungen finden z.B. im Café International, Lerncafé oder in der Fahrradwerkstatt statt ▪ Begegnungsort zwischen Flüchtlingen und Menschen mit Handicap initialisiert ▪ Begegnung findet im Mehrgenerationenhaus mit betreutem Wohnen statt ▪ Feste für Geflüchtete werden veranstaltet
<i>Mobilität</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Es werden Fahrdienste von der Lebenshilfe angeboten
<i>Strukturen</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Es finden Runde Tische im Kreis statt ▪ Es gibt Integrationslotsen und ehrenamtliche Begleitung wird

angeboten

Ziele und Bausteine	Maßnahmenideen
<p>Berührungspunkte abbauen und ernst nehmen (14 Priorisierungspunkte), Begegnungsorte schaffen (4 Priorisierungspunkte) und die Bevölkerung aufklären (3 Priorisierungspunkte)</p>	Vorhandene Begegnungsorte stärken, identifizieren und zur Verfügung stellen (2)
	<p>Begegnungsmöglichkeiten schaffen zur Förderung von interkulturellem Lernen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sportevents (z.B. Sport im Verein) ▪ Kirche/soziale Einrichtungen ▪ internationale Cafés ▪ internationale Kochkurse ▪ Kirmes ▪ Treffpunkte ▪ Handarbeitskurse ▪ gemeinsames Musizieren ▪ Tanzveranstaltungen ▪ Etc. (6)
	Mehr Freizeitangebote auch für Erwachsene anbieten (Fokus zu stark bei den Kindern)
	Räumlichkeiten für Integrations- und Freizeitmaßnahmen z.B. Repaircafé beschaffen und bereitstellen (6)
	Bibliotheken als Lern- und Begegnungsorte in die Integrationsarbeit einbeziehen
	Begegnungen, Austausch und Kennenlernen von Kindern und Jugendlichen fördern
	Begegnungen zwischen Eltern aus unterschiedlicher Herkunft ermöglichen, z. B. in Kitas, Schulen etc.
	Gemeinsame Veranstaltungen wie Dorffeste, Stadtteilstunden und Kochabende (z.B. durch Einbindung in die Vorbereitung) initiieren (3)
	Vorhandene Kompetenzen „nutzen“, indem Geflüchtete Angebote anbieten
	Geflüchtete Menschen in bestehende Projekte und Angebote einbinden bsp. Tafel
	Reflexion der eigenen Rolle „Ich als Multiplikator im Umgang mit Geflüchteten“ ermöglichen
	Kultursensibles Miteinander in Behörden und Schulen fördern
	Bürgerinformation und kultursensible Schulungen anbieten
Kommunikation mit den Bürgern „im Dorf“ fördern, indem mehr Mut zu privaten Begegnungen vermittelt wird und das Thema in Schu-	

	len und Kindergärten angesprochen wird (1)
	Unsicherheiten durch Initiative „Ansprechen“ abbauen
Willkommenskultur (1 Priorisierungspunkte)	Einen Tag mit einem Flüchtling verbringen, morgens bis abends
	Geflüchtete in den Alltag mitnehmen
	Umfeld erschließen, indem Stadtrallyes, bedarfsgerechte Ortsbegehungen durch den Ortsvorsteher angeboten werden oder Regelmäßige Treffen am Dorfplatz stattfinden (2)
	„Erstfahrplan“ auf Kreisebene entwickeln zur Orientierung und Ersteinstieg (z.B. Willkommenspaket)
Mehr Wohnraum schaffen (11 Priorisierungspunkte)	Es sollte mehr privater Wohnraum identifiziert und analysiert werden
	Anreize für Privatvermietung schaffen z.B. Zuschüsse oder Steuerergünstigungen
	Maßnahmen und Dialog mit Vermietern, um ungenutzten Wohnraum verfügbar zumachen
	Aufgabe des KWBs ist der Umbau des Bestand, die Neubauerrichtung und das Vorantreiben des sozialen Wohnungsbaus
	Wohnungsbau für alle Menschen (unabhängig vom Migrationshintergrund) fördern
	Wohnprojekte fördern (beispielsweise Wohnprojekte mit Studierenden und Geflüchteten in einer Unterbringung)
	Wohnraumplanung vernetzt gestalten
	Inklusion und Integration von Flüchtlingen ermöglichen
	Günstigeres Bauland zur Verfügung stellen
	Kontakte zu Wohnungsbaugenossenschaften ausbauen
	Bauverfahren und Vorschriften anpassen
Durchmischung der Wohnbevölkerung (3 Priorisierungspunkte) und Ghettobildung vermeiden	Alternative Wohnprojekte fördern z.B. leerstehender Wohnraum auf dem Land
	Schaffung von neuen Wohnformen vorantreiben
	Anpassung der Mietstufen im öffentlichen Bereich vornehmen
	„Raus aus dem Ghetto, rein in die Gemeinschaftsräume“

	Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigung von Wohnraum (1)
Abbau der großen Gemeinschaftsunterkünfte und die dezentrale Unterbringung fördern	Dorfentwicklungsprogramme initialisieren
	Quartiersmanagement mit Gemeinschaftsangeboten vorantreiben
	Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Stadtteile für alle etablieren
	Maßnahmen zur Entzerrung und Individualisierung in den Gemeinschaftsunterkünften durchführen
	Ausbau der sozialen Strukturen in den Wohnunterkünften erreichen
	Dezentrales Wohnen (von Zielgruppen) ermöglichen (2)
Vernetzung und Strukturen weiterentwickeln	Hauptamtliche Ressourcen sollten auf lokaler Ebene getroffen werden, da die Bedarfe vor Ort bekannt sind („Was brauche ich?“)
	Pragmatische Strukturen, die schnell neben den hoheitlich hierarchischen Strukturen agieren können, etablieren z.B. Trägerkreise, Asylkreise etc.
	Erfahrene Flüchtlingshelfende ohne formale Ausbildung einstellen
	Koordination aller Ehrenamtlichen im Kreis verbessern
	Transparenz sicherstellen, um mehr Akteure zu aktivieren
	Feste Besuchszeiten der Hauptamtlichen festlegen
	Good-Practice-Austausch organisieren z.B. über Forum, Internet
	Tauschbörsen initiieren z.B. E-Mail-Verteiler, Internetplattform, Facebook-Gruppe
	Internetplattform auf Kreisebene mit lokalen Verzweigungen entwickeln
	Koordinationsstellen zwischen Vereinen und Flüchtlinge schaffen z.B. durch Sport-Coaches
Bürokratische Hürden abbauen und Verwaltung verschlanken (9 Priorisierungspunkte)	Effizienzuntersuchung bei der Verwaltung im Hinblick auf Integration durchführen
	Musterformulare mit mehrsprachigen Übersetzungen und Unterstützung durch ehrenamtlich Tätige fördern
	Entwicklung von Formblättern zur Informationen über, was muss beachtet werden, wenn ich einen Flüchtling z.B. bei der Freiwilligenfeuerwehr beschäftigen möchte („muss, kann, darf“)

„Kulturwandel“: Bürgerschaftliches Engagement als hauptamtlicher auf Augenhöhe sehen (6 Priorisierungspunkte)	Zeit und Raum für Begegnung zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen schaffen
	Aufwandsentschädigung für das Ehrenamt aus Bundesmitteln zahlen
Unterstützung bei der Wohnungssuche	Bereits in Deutschland lebende und integrierte Menschen mit Migrationshintergrund als Wissensvermittler, Mittler zwischen den Kulturen und Vorbilder verstehen, einsetzen und nutzen (2)
	Einheimische als Paten für eine längerfristige Begleitung von Neuzuwandernden gewinnen
	Wenn möglich 1 zu 1 Kontakte (Patenschaften) aufbauen
	Anfragen zu Wohnungen oder Sportangeboten vereinfachen
	Bessere Auskunft über das Thema Wohnen geben: Ziel sollte es sein, dass jede/r sich bei seiner Kommune nach Wohnungsmöglichkeiten erkundigen kann
Öffnung der Vereine (1 Priorisierungspunkte)	Zuwandernde aktiv in Vereine mitnehmen und integrieren (Gesang, Feuerwehr, Sport etc.)
	Flüchtlinge ins Vereinsleben einbinden
	Vereinsstrukturen „aufzeigen“, indem sich Vereine mit Ihrem Angebot in den Unterkünften vorstellen und nach Möglichkeit Schnupperstunden anbieten
	Rahmenbedingungen für die Mitarbeit für Menschen ohne Aufenthaltsstatus klären
	Maßnahmen zur Förderung der Offenheit zur Aufnahme von Geflüchteten in Vereine und Freiwillige Feuerwehr
Mobilität erhöhen (4 Priorisierungspunkte)	Spezielle Ermäßigungen anbieten und Projekte wie „Mitfahrbank“ ausbauen (Fahrer und Mitfahrer werden registriert; gibt Sammelpunkte), um die Mobilität zu erhöhen v.a. im ländlichen Raum
	Vernetzung des ÖPNV mit der Integrationsarbeit, um Menschen mit Migrationshintergrund die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu erleichtern
	Ehrenamtliche bringen Flüchtlinge das Fahrradfahren bei und organisieren Fahrradspenden
	Zukünftige Unterkünfte in der Nähe einer Bushaltestelle etablieren
	Höhere Frequenzen der Busse
	Mehrsprachige Flyer sind vorhanden (ÖPNV) → Infomaterial gezielt und bedarfsgerechter verteilen
Kultursensibilität in allen Bil-	-

dungseinrichtungen (1 Priorisierungspunkte)	
Finanziellen Spielraum für persönliche Veränderung (1 Priorisierungspunkte)	-

5. Mögliche Leuchtturmprojekte

- Kooperationsprojekt zwischen Agentur für Arbeit (mit einer Förderung, die bislang kaum abgerufen wird), Unternehmen, die entsprechende Arbeitsplätze anbieten und Ehrenamtlichen, die den Kontakt zu entsprechenden Flüchtlingen haben
- Erstellung einer dynamischen Website für den Rheingau-Taunus-Kreis zur Informations- und Angebotsübersicht in verschiedenen Themenfeldern
- Prozess der interkulturellen Öffnung in ausgewählten Verwaltungsabteilungen mit Bedarf anstoßen
- Schulungsangebot für Ehrenamtliche zur Professionalisierung und zum Erwerb von interkultureller Kompetenz
- Sensibilisierungstrainings in Unternehmen, mit dem Ziel, die Bereitschaft zur Beschäftigung von Flüchtlingen zu erhöhen
- Projekt im Bereich des ÖPNVs, um die Mobilität von MigrantInnen, Geflüchteten und sozial benachteiligten Menschen sicherzustellen
- Gründung einer Freiwilligenagentur und Schaffung eines attraktiven Ehrenamts



Impressum

Herausgeber

Rheingau-Taunus-Kreis

Redaktion

imap GmbH

Gladbacher Str. 6
40219 Düsseldorf

Telefon: 0211/513 69 73-0
Telefax: 0211/513 69 73-39

www.imap-institut.de

Stand: Juli 2016

Integrationskonferenz des Rheingau-Taunus-Kreises

Aufbereitung der Ergebnisse

Inhalt

Inhalt.....	1
1. Zu dieser Dokumentation.....	2
2. Themencluster	3
2.1. Wohnen und Gemeinwesen	3
2.2. Bildung und Kultur.....	8
2.3. Arbeit und Beruf	11
2.4. Gesundheit.....	14
2.5. Strukturen der Integrationsarbeit	15
2.6. Sozialer Frieden.....	20
Impressum	24

1. Zu dieser Dokumentation

Zur Erarbeitung einer nachhaltigen Integrationsstrategie hat die Kreisverwaltung des Rheingau-Taunus-Kreises einen Prozess initiiert. Die Auftaktkonferenz dieses Prozesses hat am 18.5.2016 in Bad Schwalbach stattgefunden. Auf der Konferenz wurden im Rahmen von fünf themengleichen Foren drei Fragestellungen behandelt:

1. Welche Bausteine brauchen wir für die nachhaltige Integration von Flüchtlingen und Migranten?
2. Welches sind Ihre Interessen und Vorschläge in diesem Prozess?
3. Wie wollen Sie sich beteiligen, was könnte Ihr Beitrag sein?¹

Dieser Teil der Dokumentation verdichtet die Ergebnisse aller fünf Foren auf thematischer Grundlage. Hier ist also nicht mehr wichtig, welcher Baustein oder welche Idee aus welchem Forum kommt. Vielmehr bietet dieser Teil eine Möglichkeit einer thematisch fokussierten und spezifizierten Ergebnisbetrachtung, die insbesondere die Grundlage für den weiteren, geplanten Prozess bildet. So können die Workshops – beispielsweise zum Thema Arbeit und Beruf – auf der Ideensammlung der gesamten Integrationskonferenz zu diesem Thema aufbauen.

¹ Die Teilnehmenden haben zur Beantwortung der Frage drei einen Steckbrief ausgefüllt, in dem Sie ihr Interesse einer Weiterarbeit an bestimmten Themen signalisieren und zusätzlich kenntlich machen konnten, welche Ressourcen sie hierzu einbringen. Sortiert nach thematischem Interesse wurden diese Steckbriefe der Kreisverwaltung zwecks Verarbeitung und Planung des weiteren Prozesses zur Verfügung gestellt.

2. Themencluster

In diesem Teil der Dokumentation wurden die zuvor dargestellten Ergebnisse der 5 Themenforen verdichtet und geclustert, d.h. Oberthemen zugeordnet. Diese thematische Betrachtung bildet die Grundlage für den weiteren, geplanten Prozess. Neben den vier geplanten Workshops ließen sich aus den Arbeitsergebnissen zwei weitere Oberthemen ableiten. Die Ergebnisse aller Workshops sind also in folgenden sechs Oberthemen zusammengefasst:

- Wohnen und Gemeinwesen
- Bildung und Kultur
- Arbeit und Beruf
- Gesundheit
- Strukturen der Integrationsarbeit
- Sozialer Frieden

Jedes dieser Oberthemen wurde mit einer zweispaltigen Tabelle aufgearbeitet:

Ideencluster (imap)	Ideen (laut Moderationskarten)
Hier finden Sie die <i>Ideencluster</i> , die wir als Übersicht zu den Arbeitsergebnissen gebildet haben.	Hier finden Sie die <i>Originalideen, -interessen und -vorschläge</i> , die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Konferenz erarbeitet worden sind.

2.1. Wohnen und Gemeinwesen

Unter dem Thema Wohnen und Gemeinwesen wurden alle Bausteine und Ideen gesammelt, die sich auf Themen des Zusammenlebens vor Ort, der Unterbringung sowie dem Leben im Landkreis und seinen Gemeinden bezogen.

Dabei wurden folgende **Bausteine** der Integration genannt:

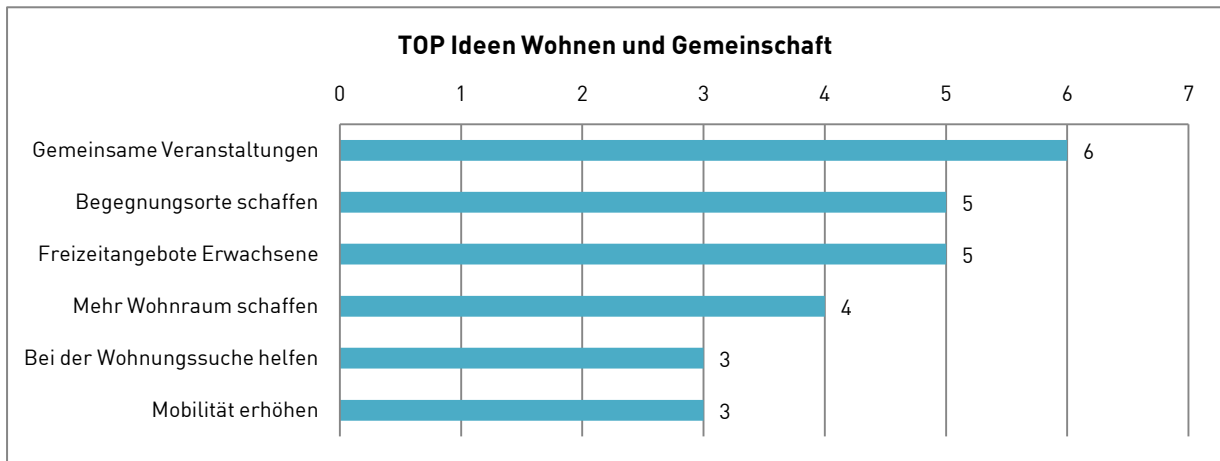
- Interreligiöse kulturelle Treffs einrichten
- Wohnungsbau fördern und vorhandene Wohnmöglichkeiten nutzbar machen
- Bezahlbare Wohnräume für Flüchtlinge schaffen
- Bereitstellung von ausreichend, bezahlbarem und angemessenem Wohnraum gewährleisten
- Mehr Wohnraum zur Verfügung stellen
- Wohnsituation verbessern
- Teilhabe am Sozialleben durch Vereine. Es muss gelingen, die Migranten zum Zutritt in Vereine aller Art zu bewegen, da diese so sozialen Anschluss finden und



aktiv am Geschehen in ihrem neuen Heimatort teilhaben können

- Integration durch Sport und Übungsleiter erreichen

Die meisten **Ideen** wurden dabei zur Initiierung von gemeinsamen Veranstaltungen zwischen „Neu- und Altbürgern“ sowie der Schaffung von Begegnungsorten und -möglichkeiten gelegt. Auch dem Thema der Unterbringung – ein Thema das besonders in der aktuellen Flüchtlingssituation von Bedeutung ist – wurden viele Ideen gewidmet.



Ideencluster (imap)	Ideen (laut Moderationskarten)
Begegnungsorte schaffen	Begegnungsmöglichkeiten schaffen: Sport (im Verein), Kirche/soziale Einrichtungen, internationale Cafes, internationale Kochkurse, Kirmes, Treffpunkte) – Flüchtlinge einladen. Dafür Räume zur Verfügung zu stellen
	Begegnungsorte schaffen, die interkulturellen Austausch fördern
	Bibliotheken als Lern- und Begegnungsorte in die Integrationsarbeit einbeziehen
	Ausbau der sozialen Strukturen in den Wohnunterkünften erreichen
	Begegnungsmöglichkeiten schaffen
Mehr Wohnraum schaffen	Maßnahmen und Dialog mit Vermietern, um ungenutzten Wohnraum verfügbar machen

	<p>Wohnprojekte fördern (beispielsweise Wohnprojekte mit Studierenden und Geflüchteten in einer Unterbringung)</p>
	<p>Wohnungsbau für alle Menschen (unabhängig vom Migrationshintergrund) fördern</p>
	<p>Wohnraumplanung vernetzt gestalten</p>
Bei der Wohnungssuche helfen	<p>Anfragen zu Wohnungen oder Sportangeboten vereinfachen</p>
	<p>Wohnraum finden</p>
	<p>Bessere Auskunft über das Thema Wohnen geben: Ziel sollte es sein, dass jede/r sich bei seiner Kommune nach Wohnungsmöglichkeiten erkundigen kann</p>
Dezentrale Unterbringung	<p>Dezentrales Wohnen ermöglichen</p>
	<p>Dezentrales Wohnen von Zielgruppen ermöglichen</p>
Vereine	<p>Zuwandernde aktiv in Vereine mitnehmen und integrieren (Gesang, Feuerwehr, Sport etc.)</p>

	Flüchtlinge ins Vereinsleben einbinden
Gemeinsame Veranstaltungen	Gemeinsame Sportevents organisieren
	Veranstaltung von Festlichkeiten, interkulturellen Abenden, Kochkursen, etc. zur Förderung von interkulturellem Lernen
	Teilnahme von Flüchtlingen an Dorffesten (z. B. durch Einbindung in die Vorbereitung)
	Gemeinsame Veranstaltungen organisieren (z.B. Stadtteilstadt, Kochabende etc.)
	Begegnungen zwischen Eltern aus unterschiedlicher Herkunft ermöglichen, z. B. in Kitas, Schulen etc.
	Gemeinsame Tanz- und Musikveranstaltungen durchführen
	Mehr Freizeitangebote auch für Erwachsene anbieten (Fokus zu stark bei den Kindern)
Freizeitangebote Erwachsene	Räumlichkeiten für Integrations- und Freizeitmaßnahmen beschaffen und bereitstellen
	Koordinationsstellen zwischen Vereinen und Flüchtlinge schaffen z. B. durch Sport-Coaches
	Gemeinsame Sportaktivitäten zwischen Einheimischen und Zugewanderten organisieren
	Spracherwerb durch gemeinsame Sportaktivitäten fördern

Paten nutzen	Einheimische als Paten für eine längerfristige Begleitung von Neuzuwandernden gewinnen
	Wenn möglich 1 zu 1 Kontakte (Patenschaften) aufbauen
Multiplikatoren nutzen	Bereits in Deutschland lebende und integrierte Menschen mit Migrationshintergrund als Wissensvermittler, Mittler zwischen den Kulturen und Vorbilder verstehen, einsetzen und nutzen
Mobilität erhöhen	Spezielle Ermäßigungen anbieten und Projekte wie „Mitfahrbank“ ausbauen (Fahrer und Mitfahrer werden registriert; gibt Sammelpunkte), um die Mobilität zu erhöhen v.a. im ländlichen Raum
	Vernetzung des ÖPNV mit der Integrationsarbeit, um Menschen mit Migrationshintergrund die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu erleichtern
	Ehrenamtliche bringen Flüchtlinge das Fahrradfahren bei und organisieren Fahrradspenden
Umfeld erschließen	Ortsbegehungen anbieten, um das Lebensumfeld kennenzulernen
Willkommenskultur	„Erstfahrplan“ auf Kreisebene entwickeln zur Orientierung und Ersteinstieg (z.B. Willkommenspaket)

2.2. Bildung und Kultur

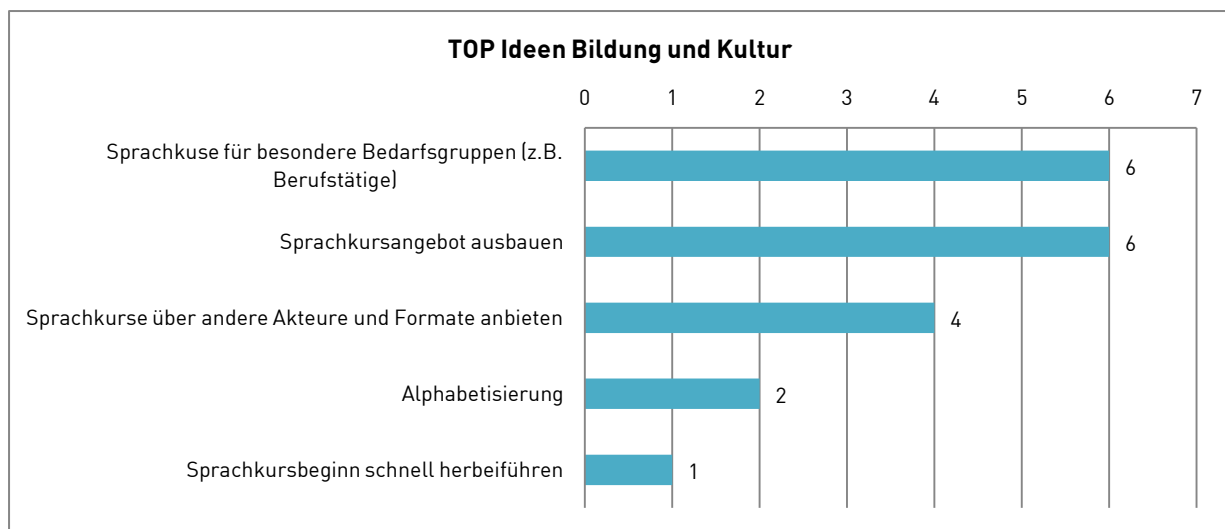
Unter das Oberthema Bildung und Kultur wurden alle Bausteine und Ideen gesammelt, die sich mit dem Thema Sprach- und Bildungsvermittlung oder kulturelle Veranstaltungen beschäftigt haben.

Als **Bausteine** wurden dabei genannt:

- Förderung von Sprache und Bildung: Sprachkompetenz bei Neuzuwandernden erhöhen
- Bildung fördern
- Politische Bildung ausweiten
- Strukturen und Angebote für einen optimalen Spracherwerb anpassen
- Ausbau von Sprachkursen herbeiführen
- Deutsche Sprache vermitteln, Sprachkursangebote ausbauen
- Sprachkurse und Alphabetisierung für Erwachsene
- Alphabetisierungsrate erhöhen
- Kultur fördern



Rund um das Thema **Sprachkurse** wurden die meisten Ideen entwickelt. Dabei ging es sowohl darum, Sprachvermittlungslücken von bestimmten Bedarfsgruppen (beispielsweise Berufstätige mit wenig Zeit, oder Mütter von kleinen Kindern, Analphabeten) zu schließen, als auch generell das Sprachkursangebot auszubauen oder durch innovative Formate zu ergänzen.



Ideencluster (imap)	Ideen (laut Moderationskarten)
Sprachkursbeginn schnell herbeiführen	Wartezeiten für die Aufnahme eines Sprachkurses oder eine Arbeitstätigkeit verkürzen (insbesondere für Jugendliche zentral, ehe sie z.B. 1,5 Jahre praktisch nichts tun)

Sprachkurse für besondere Bedarfsgruppen (z.B. Berufstätige)	Sprachkurse berufsspezifisch und berufsbegleitend anbieten, um interaktiv in den Beschäftigungsalltag zu integrieren. Arbeitgeber dafür in den Spracherwerb mit einbeziehen
	Berufsfeldbezogene und berufsbegleitende Sprachvermittlung
	Sprach- und Förderangebote auch für Langzeitasylbewerber bereitstellen (z.B. Duldung etc.)
	Sprachkurse auch für Erwachsene anbieten
	Sprachkurse für berufliche Integration anbieten
	(verpflichtende?) Sprachangebote auf unterschiedlichen Niveaus anbieten: niedrighschwellige Alphabetisierung, Einsteiger, Fortgeschrittene etc.
Sprachkursangebot ausbauen	Sprachkurse für alle Gruppen der Flüchtlinge anbieten (auch ohne Bleibeperspektive und für jedes Alter)
	Angebot an Sprachkursen ausbauen
	Einrichtung von mehr Plätzen in den Integrationskursen bzw. mehr Integrationskurse, so dass mehr Personen nach weniger Wartezeit teilnehmen können
	Unabhängig von Herkunft Deutschkurse frühzeitig und verbindlich anbieten
	Lehrkräfte zur Sprachförderung finden
	Sprachkurse auf unterschiedlichem Sprachniveaus anbieten

Sprachkurse über andere Akteure und Formate anbieten	Über Vereinen kostenlose Sprachkurse für Flüchtlinge anbieten
	Ehrenamt soll sich stark bei der Sprachvermittlung beteiligen
	Sprachtandems sowohl zwischen „neuen“ und „alten“ Eingewanderten sowie zwischen Eingewanderten und Einheimischen vermitteln
	Spracherwerb in Freizeitangebote integrieren (Kochkurse, Spielabende, etc.)
Alphabetisierung	Leseförderung in verschiedenen Sprachen anbieten
	In Schulen mehr Lehrkräfte einstellen, um Alphabetisierung zu erhöhen. Dazu auch ehrenamtliche Lehrkräfte nutzen

2.3. Arbeit und Beruf

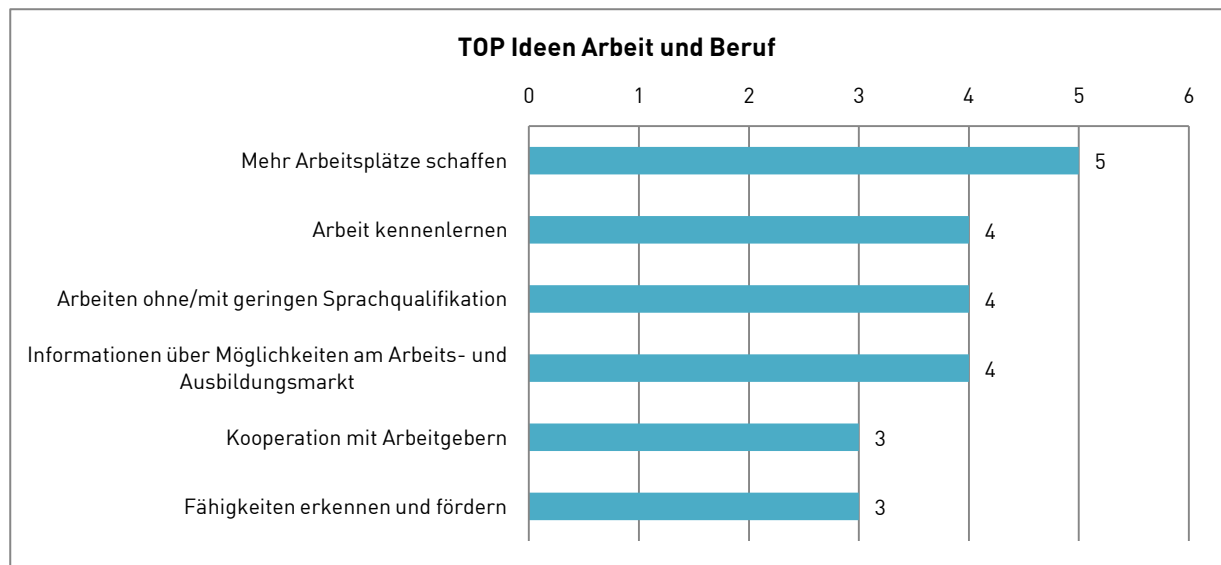
Unter dem Oberthema Arbeit und Beruf wurden alle Bausteine und Ideen gesammelt, die sich mit der Schaffung oder Vermittlung von Arbeitsplätzen sowie der Qualifikation für den Arbeitsmarkt beschäftigen.

Als **Bausteine** des Oberthemas wurden genannt:

- Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen und erleichtern
- Ausbildung und Arbeit fördern
- Berufliche Integration fördern

Die Ideen zur konzentrierten sich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen speziell für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingen, eine Er-

leichterung des Arbeitsmarkteintritts durch Praktika sowie durch das Senken von Sprachanforderungen. Angeregt wurde auch, insbesondere bei Flüchtlingen schneller zu ermitteln, welche Fähigkeiten und Talente jeweils vorhanden sind, um diese gezielt fördern zu können.



Ideencluster	Ideen (laut Moderationskarten)
Kooperation mit Arbeitgebern	Kooperationen mit Betrieben fördern
	Arbeitgeber mit Eingewanderten vernetzen
	Arbeitgeber für Menschen mit Migrationshintergrund als potenzielle Arbeitnehmer sensibilisieren
Fähigkeiten erkennen und fördern	Talente erkennen und fördern
	Frühstmögliche Kompetenzfeststellung der Zuwanderer erreichen

	Investitionsprogramme, um Talente zu fördern und das Weiterführen der Tätigkeit zu ermöglichen
Arbeit kennenlernen	Betriebsbesichtigungen anbieten, um Grundlagen über das Arbeitsleben zu vermitteln und Kontakte zwischen Flüchtlingen und Arbeitnehmern herzustellen
	Berufseinstiegsqualifikation als Maßnahme anbieten mit dem Ziel über Ausbildungsmöglichkeiten aufzuklären
	Arbeitsplatz und Praktikum zur Verfügung stellen, dabei Praktikum als Einstieg nutzen
	Praktika in Betrieben anbieten
weitere Akteure der Wirtschaft gewinnen	Handwerkertisch konkret in Integrationsbemühungen einbinden (Azubimangel)
	Informationsfluss Kreis – Jobcenter verbessern
Unbürokratische Arbeitsvermittlung	Unbürokratische behördliche Abwicklung für Arbeitswillige erreichen
	Mitarbeit (direkt nach Ankunft?) in Betrieben ermöglichen
Arbeiten ohne/mit geringen Sprachqualifikation	Sprachliche Erfordernisse bei der Arbeitsmarktintegration lockern
	Praktische Berufsausbildung: Vorziehen der Praxisteile in der Ausbildung, Nachholen sprachlastiger Ausbildungsabschnitte zu einem späteren Zeitpunkt
	Auch Flüchtlinge, die Analphabeten sind, brauchen eine Beschäftigung: „Wenn jemand nicht schreiben kann, soll er wenigstens arbeiten gehen.“
	Berufliche Partizipation parallel zum Spracherwerb gestalten

Arbeitsvermittlung von speziellen Bedarfsgruppen	Angebote, spezielle Programme, Möglichkeiten der Berufsausbildung für die Zielgruppe zugewanderter, junger Männer 20+ schaffen
	Förderprogramme für Existenzgründer initiieren
Arbeitsfähigkeit durch Ausbau von Sozialfähigkeiten herstellen	Tagesstruktur von Anfang an vermitteln z.B. Dienste in der Erstaufnahmeeinrichtung, ehrenamtliche Aufgaben
Informationen über Möglichkeiten am Arbeits- und Ausbildungsmarkt	Handwerkerbörse durchführen
	Jobbörse für Flüchtlinge schaffen
	Beratung der Flüchtlinge in Bezug auf berufliche Perspektiven durchführen
	Beraten bei Berufs-, Ausbildungs- und Schulwahl: Was bringe ich mit, was kann ich damit vermutlich werden? Was kann ich nach einem Praktikum machen?
Mehr Arbeitsplätze schaffen	Für mehr Arbeitsplätze im Landkreis sorgen
	Institutionen im Landkreis zur Auflistung ermutigen, wo es Beschäftigungsmöglichkeiten auch im niedrigqualifizierten Bereich bei ihnen gibt
	Mehr Arbeitsplätze schaffen
	1 Euro Jobs für Flüchtlinge anbieten
	Verhindern, dass Jobs für Flüchtlinge von Deutschen oder EU-Mitgliedern gemacht werden
Arbeitgeber sensibilisieren	Die Betriebe für die Beschäftigung von Flüchtlingen sensibilisieren

2.4. Gesundheit

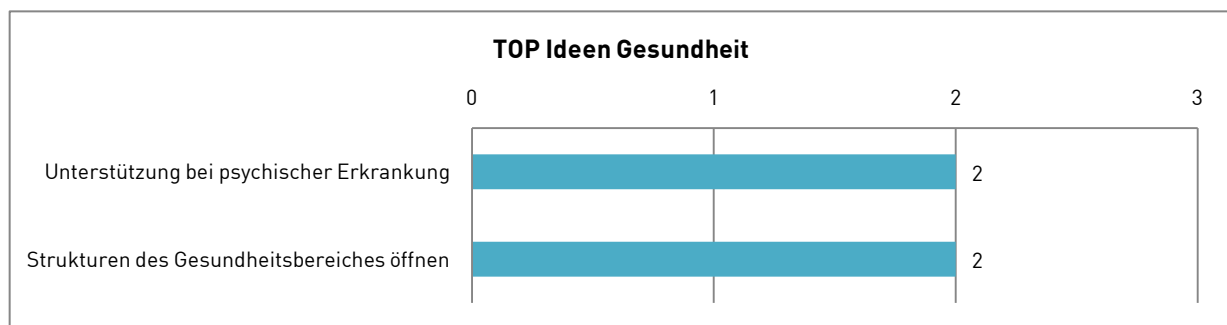
Unter das Oberthema Gesundheit wurden alle Bausteine und Ideen gesammelt, die direkt etwas mit dem Gesundheitsbereich zu tun haben. Dies waren auffällig wenige. Dies kann zum einen an der Zusammensetzung Konferenzteilnehmerschaft gelegen haben. Zum anderen handelt es sich um ein sehr fachspezifisches Thema, zudem von außen Einschätzungen unter Umständen schwer möglich ist.

Als **Bausteine** wurden genannt:

- Körperliche und psychische Gesundheit fördern

- Gesundheitsversorgung sicherstellen

Ideen wurden im Hinblick auf die Versorgung von psychisch belasteten Menschen sowie allgemein die Strukturen der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund gelegt.



Ideencluster	Ideen (laut Moderationskarten)
Unterstützung bei psychischer Erkrankung	Kompetenzstärkung im Umgang mit traumatisierten Menschen ermöglichen
	Psychologische Betreuung sicherstellen
Strukturen des Gesundheitsbereiches öffnen	Krankenkassenkarte für Flüchtlinge einführen, um ständiges Beantragen zu ersparen
	Gesundheitliche Versorgung von der Entbindung bis ins hohe Alter unabhängig vom Hintergrund garantieren

2.5. Strukturen der Integrationsarbeit

Das Oberthema Strukturen der Integrationsarbeit wurde aufgrund der Vielzahl der Arbeitsergebnisse aus der Konferenz gebildet, die in Richtung Steuerung, Kommunikation oder Transparenz im Integrationsbereich gingen.

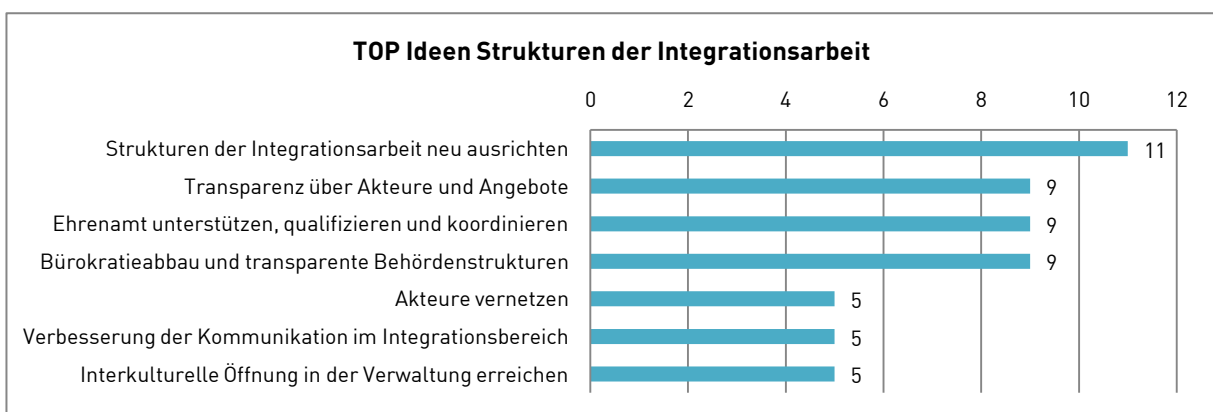
Unter diesem Thema verbergen sich ganz unterschiedliche **Bausteine**:

- Vernetzung der relevanten Akteure in der Integrationsarbeit fördern
- Beratungsangebote bereitstellen und Vernetzung fördern
- Vernetzung fördern
- Synergien nutzen
- Kommunikation zwischen Stellen fördern
- Zentrale Ansprechpartner einrichten
- Spezielle Koordinierungsstelle schaffen
- Leichterem Zugang zu Informationszugang schaffen
- Kommunikation im Integrationsbereich ausbauen zwischen allen Akteuren der Kreisverwaltung und Ehrenamtlichen sowie zwischen Einheimischen und Migranten
- Ehrenamt fördern und die Professionalität der Akteure verbessern
- Wissen bei Zuwanderern über Funktionsweise behördlicher Strukturen verbessern
- Verwaltungsprozesse beschleunigen
- Mehrsprachige Formulare
- Interkulturelle Öffnung aller relevanten Bereichen anstreben
- Sprachbarrieren in der Verwaltung abbauen



- Kreisansässige Vereine und Organisationen für den interkulturellen Kontakt öffnen und sensibilisieren
- Mehr Personal für die aktuellen Bedarfe bereithalten, Personenschlüssel 1:90 ist zu wenig.
- Personelle Ressourcen erhöhen

Es wurden sehr viele **Ideen** dazu erarbeitet, wie man die Strukturen der bisherigen Integrationsarbeit im Rheingau-Taunus-Kreis zukünftig neuausrichten oder verbessern könnte. Wichtig war den Teilnehmenden auch, Transparenz über die aktuell laufende Arbeit darzustellen, das Ehrenamt zielgerichteter einzusetzen und generell für einer Verbesserung der Kommunikation im Integrationsbereich zu sorgen.



Ideencluster	Ideen (laut Moderationskarten)
Transparenz über Akteure und Angebote	„Erstfahrplan“ auf Kreisebene entwickeln zur Orientierung und Ersteinstieg (z.B. Willkommenspaket)
	Integrationsplattform zur bedarfsgerechten Vermittlung von Angeboten und zur Koordination der Akteure aufbauen
	Alle an der Integration- und Flüchtlingsarbeit beteiligten Organisationen, Vereine etc. systematisch erfassen
	Anspruch sollte sein: Auf Webseiten Antwort auf jede Frage finden können
	Internetwebseite für Flüchtlinge erstellen, auf der alle wichtigen Infos stehen
	Homepage der Verwaltung besser/übersichtlicher gestalten
	Best-Practice-Austauschplattform auf zentraler Ebene einrichten
	Kommunen sollten den Wissensaustausch untereinander stärker nutzen, um gute und funktionierende Angebote direkt zu multiplizieren und zu übernehmen, anstatt das Rad neu zu erfinden
Akteure vernetzen	Transparenz über Akteure und Beratungsangebote und Zuständigkeiten schaffen
	Mit anderen Kommunen vernetzen, um best-practice-Beispiele einzuholen
	Synergien in Bezug auf Angebote im Kreis nutzen
	Netzwerk (Fachkräfte bündeln) für Flüchtlinge schaffen (wie bei Behinderten und älteren Menschen)
	Kontakt/Kooperationen mit der Polizei fördern
Vernetzung und Zusammenarbeit innerhalb der Behörden verbessern	

Strukturen der Integrationsarbeit neu ausrichten	Kompetenzzentren in den Kommunen und Vertretung der Kreisinstitutionen vor Ort einrichten
	Koordinationsstellen für den Integrationsbereich einrichten
	Schaffung einer Stelle, z. B. Integrationsbeauftragte, wie es sie auch für ältere oder behinderte Menschen gibt
	Alte Konzepte beachten und weiterentwickeln
	Verantwortliche Kümmerer und feste Ansprechpartner für Integrationsaufgaben im Kreis definieren
	Vorschlag: Organisationsmodell erweiterte Koordinierungsstelle Integration, die sich vernetzt um alle Integrationsbelange kümmern kann
	Klaren Ansprechpartner für die Flüchtlinge definieren, eventuell mit verschiedenen Sprachkenntnissen
	Migrationsbeauftragte/n bei der Kreisverwaltung einstellen, der/die die gesamte Prozesskette kenn (von Ankunft über Unterbringung bis hin zu Integration)
	Kompetenzzentrum außerhalb von behördlichen Strukturen aufbauen, in dem Beratung angeboten wird (Themen z.B. Ausfüllen von Anträgen; Beschäftigung auch von anerkannten Flüchtlingen)
	Entwicklung einer kommunalen Gesamtstrategie
Verbesserung der Kommunikation im Integrationsbereich	Bezug zu den Kommunalverantwortlichen erhöhen
	Bessere Kommunikationsstrukturen schaffen
	Kommunikation in den Behörden verbessern
	Kommunale Informationspolitik zum Thema Integration und Migration verbessern

	Transparenz in der Bevölkerung über Integrationsvorhaben und –maßnahmen schaffen
	Beteiligte über Art und Umfang der Integrationsstrategie des Landkreises abstimmen lassen
Menschen mit Migrationshintergrund als Integrationshelfer	Vorlesestunden und Leseförderung auch in den Herkunftssprachen von Flüchtlingen veranstalten (hierzu muttersprachliche
	„Alt“-Immigranten für die Unterstützung von Neuzuwandernden motivieren
	Migranten als Trainer gewinnen
	Integrationslotsen für Migranten schaffen, die den Flüchtlinge helfen wollen
Mehr Ressourcen/Finanzen	Budget und finanzielle Mittel für Integration bereitstellen
Synergien Haupt- und Ehrenamt	Ressourcen von Hauptamt und Ehrenamt verbinden
	Schnittstelle zwischen Ehrenamt und Verwaltung verbessern
Ehrenamt unterstützen, qualifizieren und koordinieren	Stärkung ehrenamtlicher Arbeit
	Ausbildung von ehrenamtlichen Koordinatoren
	Ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger als Türöffner, Begleitpersonen und Paten nutzen
	Mehr ehrenamtliche Personen werben, die als Paten oder in Sportvereinen Flüchtlingen helfen
	Ehrenamtliche Tätigkeiten anleiten, steuern und überwachen
	Personalentwicklungsmaßnahmen für das Ehrenamt initiieren
	Ehrenamtliche bzgl. gesetzlicher Grundlagen der Integrations- und Flüchtlingsarbeit schulen
	Ehrenamtlichen Ressourcen koordinieren und das Ehrenamt vernetzen

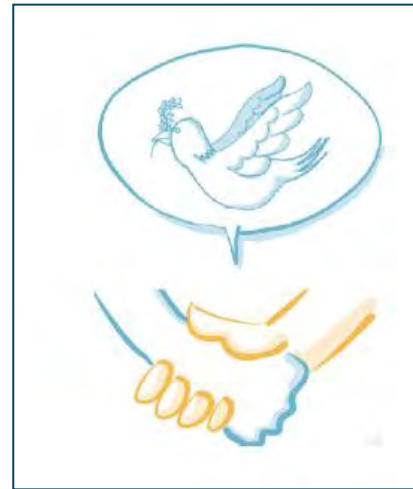
	Zentrale Koordination ehrenamtlicher Arbeit
Bürokratieabbau und transparente Behördenstrukturen	Wenn notwendig, Gesetze ändern oder anpassen
	Bürokratie abbauen, insbesondere die Anzahl von auszufüllenden Formularen
	Vereinfachen der bestehenden Strukturen
	Verständliche und klare behördliche Strukturen
	Für flache, weniger hierarchische Strukturen sorgen
	Weniger Bürokratie, um Zugang für Flüchtlinge zu vereinfachen
	Die Möglichkeit, Entscheidungen in einem angemessenen Rahmen treffen zu können (in der Verwaltung)
	Strukturierte Abläufe in Bezug auf die Flüchtlinge
	Ansprechpartner und Zuständigkeiten in Behörden klar machen
Interkulturelle Öffnung in der Verwaltung erreichen	Anträge in mehreren Sprachen anbieten
	Dolmetscher einbeziehen
	Interkulturelle Kompetenz aller Beteiligten erhöhen
	Perspektivisch interkulturelle Öffnung als Ziel aller Institutionen, vor allem der Verwaltung, festsetzen
	Einfache Sprache und Strukturen in Behörden einführen
Mehr Verwaltungspersonal	Mehr Personal bereitstellen, um diese Aufgaben zu bewältigen

2.6. Sozialer Frieden

Ein zweites Oberthema, dass sich aus den Arbeitsergebnissen der Integrationskonferenz ergeben hat, kann mit „Sozialer Frieden“ überschrieben werden. Hier wurden alle Bausteine und Ideen gesammelt, die in Richtung Schaffung von gegenseitiger Toleranz und Akzeptanz gingen.

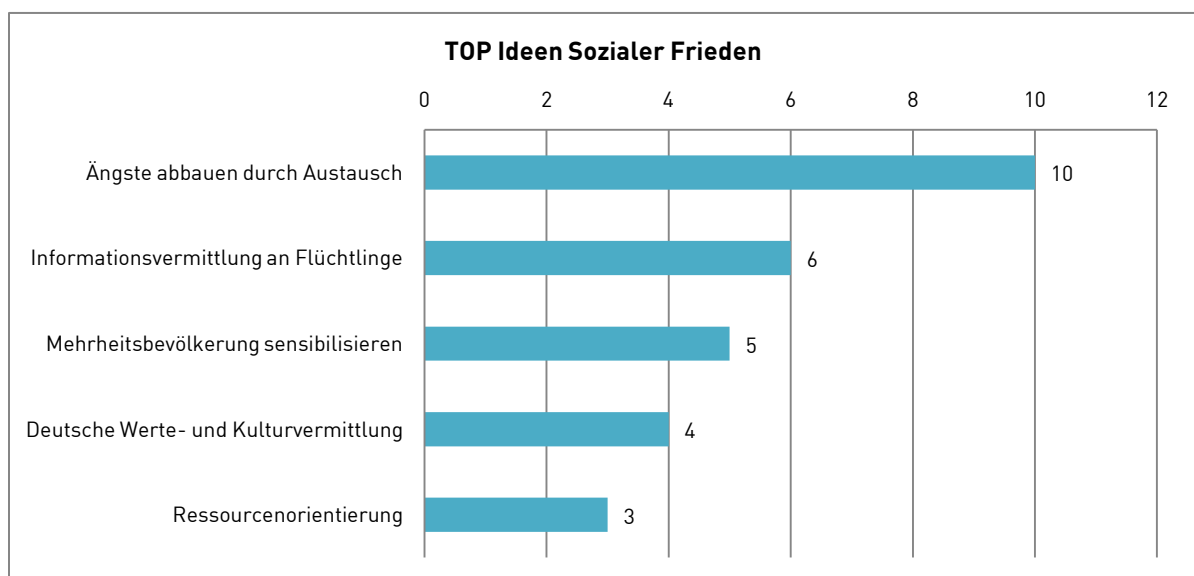
Als **Bausteine** wurden genannt:

- Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, zugewanderte Menschen abholen und mitnehmen
- Demokratische Grundhalten bei Flüchtlingen fördern
- Flüchtlinge sollten Denkweisen der Deutschen verstehen
- Haltungsveränderung bei der Mehrheitsgesellschaft (Ängste abbauen, Toleranz aufbauen)
- Gegenseitige Akzeptanz erreichen
- Die Aufnahmegesellschaft sensibilisieren
- Angst vor dem Fremden in der Aufnahmegesellschaft abbauen
- Akzeptanz und Toleranz fördern
- Fremde Kulturen kennenlernen
- Interkulturellen Austausch herstellen
- Vorurteile beidseitig abbauen
- Kommunikation und Austausch zwischen Flüchtlingen und Bürgerinnen und Bürgern im Kreis fördern und ausbauen
- Ängste und Berührungsängste durch Austausch und Begegnung abbauen



- Mit anerkennender Grundhaltung und Ressourcenorientierung den Menschen gegenüber treten
- Migranten mit ihren Fachkompetenzen abholen, z. B. kochen
- Angemessene Versorgung durch Hilfe zur Selbsthilfe
- Begrenzte Ressourcen nutzen

Als Ideen wurden dafür angeregt, die Ängste innerhalb der Aufnahmegesellschaft durch den Austausch und die Begegnung mit Menschen mit Migrationshintergrund abzubauen und Informationen über das Leben in Deutschland sowie deutsche Werte an Flüchtlinge zu vermitteln.



Ideencluster	Ideen (laut Moderationskarten)
Informationsvermittlung an Flüchtlinge	Deutsche Regeln und Gesetze an Menschen mit Migrationshintergrund zur Klärung von Rechten, Pflichten und möglichen Sanktionen vermitteln
	Zugewanderte mit der Rolle und den Aufgaben staatlicher Organe vertraut machen, um Ängste abzubauen und Akzeptanz zu fördern
	Flüchtlinge über Verkehrsregeln informieren
	Beratung und niedrigschwellige Informationsveranstaltungen für Neuzuwandernde über gesetzliche Grundlagen zu Rechten und Pflichten zum Leben in Deutschland bereitstellen
	Informations- und Aufklärungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen (z.B. Polizeiarbeit, Verkehrsregeln, Rolle der Eltern im Schulsystem, Arbeitsleben etc.) anbieten
	Aufklärung für Neuzugewanderte über Gesetze und Grundrechte in Deutschland
Deutsche Werte- und Kulturvermittlung	„Grundsätze unseres Lebens“: Neuzugewanderte über gesellschaftliches Leben aufklären und Grenzen im gesellschaftlichen Miteinander vermitteln (was gehört sich, was gehört sich nicht)
	Verständnis der deutschen Kultur vermitteln

	Zugewanderte müssen informiert werden, wie Deutsche denken (zum Beispiel in Integrationskursen)
	Deutsche Werte an Flüchtlinge vermitteln, um Abstände zwischen Kulturen kleiner zu machen
Mehrheitsbevölkerung sensibilisieren	Klares Auftreten des Rheingau-Taunus-Kreises gegenüber Angst vor Fremden“
	Problem angehen: Gesellschaft nicht bereit, Flüchtlinge aufzunehmen
	Aufklärung der Gesellschaft, um Vorurteile beidseitig abzubauen
	Frühzeitige Informationen auf verschiedenen Kanälen (Zeitung, Radio, etc.) liefern, um Vorurteile zu vermeiden
	Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen und die Menschen gut informieren
Ängste abbauen durch Austausch	Sofortige Einbindung von zugezogenen Menschen mit Migrationshintergrund in das Alltagsgeschehen der Nachbarschaft
	Begegnungsmöglichkeiten zwischen allen im Landkreis ansässigen Personengruppen schaffen
	Deutsche und neue Kultur verbinden (z.B. durch Kochveranstaltungen etc.)
	Auch Flüchtlinge stellen ihre Kultur vor
	Durch gemeinsames Kochen Integration „spielerisch“ erreichen
	Vom best-practice Beispiel des „Cafe International“ des Mütterzentrums lernen
	Integrative Nähkurse anbieten
	Integrative Repair-Cafes anbieten

	Organisieren: Etwas über Flüchtlinge erfragen (z.B. durch einen Fragenbogen)
	Toleranz von beiden Seiten einfordern
Ressourcenorientierung	„Schätze heben“: Ressourcen und Kenntnisse der Flüchtlinge nutzen
	Perspektivbildung unterstützen, in dem Programme zur Kompetenzerhebung weiter ausgebaut werden (Abgleich von Voraussetzung und Talenten)
	Ressourcen von Flüchtlingen nutzen und diese aktiv mit ihren Kompetenzen einbinden)
Hilfe zur Selbsthilfe	Eigenverantwortung stärken und Anreize zur Selbsthilfe setzen
	Setzen von Anreizen für die Integration
Mehr Verpflichtung	Integrationsvereinbarung einführen

Impressum

Herausgeber

imap GmbH

Gladbacher Str. 6
40219 Düsseldorf

Telefon: 0211/513 69 73-0
Telefax: 0211/513 69 73-39

Redaktion

imap GmbH

Gladbacher Str. 6
40219 Düsseldorf

Telefon: 0211/513 69 73-0
Telefax: 0211/513 69 73-39

www.imap-institut.de

Stand: 6. Juni 2016

Ganzheitliche Integrationsstrategie entwickeln

Auftaktveranstaltung ist am 18. Mai / Breite öffentliche Diskussion ist erwünscht *UWBZ 4.5.16*

BAD SCHWALBACH (red) – „Die Landkreise und Kommunen stehen vor der Herausforderung, dem Thema ‚Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern‘ adäquat zu begegnen und Strategien zur gesellschaftlichen Teilhabe auf den Weg zu bringen“, betont Landrat Burkhard Albers. Mit Konzepten und Modellen will der Rheingau-Taunus-Kreis nun die Integration von Flüchtlingen ebenso wie die von Migrantinnen und Migranten auf unterschiedlichen Ebenen vorantreiben und hat sich deshalb das Ziel gesetzt, eine „ganzheitliche Integrationsstrategie“ zu entwickeln. „Alleine im Rheingau-Taunus-Kreis leben derzeit zirka 3000 Flüchtlinge, die, wenn ihr Asylverfahren erfolgreich abgeschlossen ist, in gro-

ßer Zahl hier in der Region leben wollen“, so der Landrat. Nachdem im ersten Schritt die Flüchtlinge, die dem Kreis zugewiesen und untergebracht sind und betreut werden, gilt es darüber nachzudenken, wie die Integration auf den unterschiedlichen Ebenen erfolgreich verlaufen kann.

Vier wichtige Themenfelder

Der Landrat: „Wir konzentrieren uns nun auf die vier wichtigen Themenfelder ‚Wohnen und Gemeinwesen‘, ‚Bildung und Kultur‘, ‚Arbeit und Beruf‘ sowie ‚Gesundheit‘.“ Die Entwicklung einer solchen Integrationsstrategie berücksichtigt ebenfalls die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten, die bereits län-

ger vor Ort leben. Ein solcher Prozess kann aber selbstverständlich nur unter aktiver, konstruktiver Mitwirkung der Bevölkerung der Aufnahme-gesellschaft erfolgreich verlaufen. Laut Landrat Burkhard Albers startet der Prozess zur Entwicklung einer Integrationsstrategie am Mittwoch, 18. Mai, zwischen 17 und 20 Uhr, mit der Auftaktveranstaltung in der Aula Nikolaus-August-Otto-Schule in Bad Schwalbach. Dieser öffentliche Diskurs wird von einer Fachinstitution unterstützt und soll breit aufgestellt sein. Um die Integrationsstrategie für den Rheingau-Taunus-Kreis breit aufsetzen zu können und um eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung zu erhalten, ist der Kreis der Eingeladenen weit gestreut.

Die Liste reicht von den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, der Politik über Experten im Bereich Asyl, der Sozialpartner, der Agentur für Arbeit, der Wirtschaftskammern bis zu ASB, AWO, DRK, Malteser, sowie den Migrantinnenorganisationen und den Bildungs- und Beschäftigungsträgern. „Als ganz wichtig erachte ich die Teilnahme der Ehrenamtlichen, die in den Kommunen die Flüchtlinge betreuen. Deren Meinung ist wichtig“, so Albers. Natürlich sind auch die Integrationslotsinnen, der Sportkreis, Feuerwehr, Krankenhäuser, Schulamt, Träger des Wohnungsbaus eingeladen, an der Kickoff-Veranstaltung und den vier Fachforen teilzunehmen. Die Gesamtstrategie soll Ende des Jahres vorliegen.

Bausteine für das Miteinander

MIGRATION Rheingau-Taunus-Kreis startet Prozess zur Entwicklung einer Integrationsstrategie

Von Hannelore Wiedemann

RHEINGAU-TAUNUS. Es ist eine „Mammutaufgabe“ für die Gesellschaft – doch der Rheingau-Taunus-Kreis muss – und will sich ihr stellen: der Integration von Flüchtlingen und Migranten. Wie und mit welchem Ziel dieser Prozess ablaufen könnte, dafür soll jetzt eine Strategie entwickelt werden. In einem breit angelegten Diskussionsprozess werden dazu Vorschläge, Ideen und Anforderungen gesammelt, wie das Miteinander von Einheimischen und Zugewanderten gestaltet werden soll. Den Startschuss dazu gab Landrat Burkhard Albers (SPD) am Mittwochabend mit einer Auftaktveranstaltung in der Nikolaus-August-Otto-Schule in Bad Schwalbach, zu der rund 200 Teilnehmer kamen.

Einwanderungsland

Dass Deutschland jetzt und in Zukunft Menschen aus anderen Teilen der Welt anzieht – also ein Einwanderungsland

ist – das ist aus Sicht der ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Lale Akgün eine unbestreitbare Tatsache. Die Frage sei lediglich: „Wie gehen wir damit um?“ In ihrem Einführungsvortrag erläuterte die Autorin mit türkischen Wurzeln, dass Integration in vielen Bereichen notwendig sei: auf sozialer Ebene, als Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und als Bereitschaft, Regeln der aufnehmenden Gesellschaft zu akzeptieren und Werte zu übernehmen.

Auf diesem Weg gelte es, viele Herausforderungen zu meistern, beispielsweise im Umgang mit dem Islam und in Bezug auf die Anerkennung des Rechtsstaates als gemeinsame Basis. Von der Vorstellung einer „homogenen Gesellschaft“ mit nur einer Sprache und Religion müsse man jedoch Abschied nehmen, so Akgüns Überzeugung. Dennoch müssten auch in einer

multikulturellen Gesellschaft alle Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen.

Sprache als Schlüssel

Sprache als Schlüssel für den Zugang zu Arbeit und Gesellschaft, die Bereitstellung von Wohnraum, eine bessere Unterstützung für Flüchtlinge in den Unterkünften, Vernetzung und Koordination von Hilfen auf allen Ebenen,

Unterstützung für die Ehrenamtlichen, Beschleunigung der Anerkennungsverfahren – das waren nur einige der Vorschläge, die die in fünf Gruppen aufgeteilten Besucher im Anschluss an den Vortrag sammelten. Vieles drehte sich dabei um die Bewältigung der aktuellen Situation, in der viele Flüchtlinge noch auf ihre Anerkennung warten, Anerkennung keine Wohnung finden.

Klar wurde dabei, dass sich manches, was auf gesetzlichen Regelungen beruht, sich auch durch Strategien auf lokaler

WK 20.5.16

Ebene nicht so leicht verändern lassen wird; beispielsweise ermüdende Bürokratie oder strikte Vorschriften bei der Arbeitsaufnahme. Forderungen nach mehr Personal in verschiedenen Bereichen dürften hingegen eher an den finanziellen Rahmenbedingungen ihre Grenzen finden.

Es gab aber auch in die Zukunft gerichtete Ideen für die Integration vor Ort. So etwa die Existenzgründer-Programme aufzulegen und die Eigeninitiative von Zuwanderern zu stärken, die interkulturelle Kompetenz bei allen Beteiligten zu erhöhen und die Teilhabe sozial benachteiligter Menschen zu verbessern – nicht nur die der Geflüchteten. Denn der soziale Sprengstoff, den die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich berge, sei durch die Flüchtlinge nur deutlicher als je zuvor zutage getreten – da war man sich einig.

DIE WEITEREN SCHRITTE

► Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung soll es vier Fachforen zu den Themen „Wohnen und Gemeinwesen“, „Bildung und Kultur“, „Arbeit und Beruf“ sowie „Gesundheit“ geben. Diese

ersten Entwurf für eine Integrationsstrategie.

► Dieser Entwurf wird in einer zweiten öffentlichen Veranstaltung im November vorgestellt und diskutiert.

sollen je zweimal tagen und dabei über die Ideen und Vorschläge der Auftaktveranstaltung beraten.

► Aus den Ergebnissen entwickelt die Kreisverwaltung einen

► Anschließend wird der Entwurf ergänzt. Spätestens im Dezember will Landrat Albers die Integrationsstrategie im Kreistag vorlegen.

Strategie zur Integration

FAZ 30.5.16

Rheingau-Taunus-Kreis diskutiert mit Ehrenamtlichen

obo. RHEINGAU-TAUNUS-KREIS. Der Rheingau-Taunus-Kreis feilt an einer umfassenden Integrationsstrategie. Damit sollen diejenigen unter den mehr als 3000 Flüchtlingen im Kreis, die dauerhaft hier bleiben dürfen und wollen, eine Perspektive für die Teilhabe an der deutschen Gesellschaft erhalten. Landrat Burkhard Albers (SPD) hat dafür einen „transparenten, offenen Beteiligungsprozess“ gestartet, zu dessen Auftakt sich mehr als 170 Teilnehmer in der Aula der Nikolaus-August-Otto-Schule in Bad Schwalbach trafen.

In fünf Foren hatte es zuvor lebhaft Diskussionen um die bisherigen Vorschläge sowie die aktuelle Arbeit der Ehrenamtlichen bei der Betreuung der Flüchtlinge gegeben. Die ehrenamtlichen Betreuer wünschen wegen der vielen komplexen Fragen bei der Integration von Flüchtlingen laut Kreisverwaltung vor allem bessere Kommunikationswege und die Berufung von Koordinatoren als Ansprechpartner in den Verwaltungen des Kreises und den Rathäusern der 17 Kommunen.

Schwierig zu vermitteln seien den Flüchtlingen nach den bisherigen Erfah-

rungen „Alltagskompetenzen“ und die Regeln der deutschen Gesellschaft. Dafür gebe es noch keine Konzepte. Die Folge seien im Umgang miteinander oftmals „Missverständnisse bis hin zu Unverständnis“. Teilnehmer der Foren regten deshalb interkulturelle Schulungen an.

Die gesammelten Ideen und Anregungen sollen in weiteren Arbeitstagen diskutiert werden. Geplant sind Foren zu den Themen „Wohnen und Gemeinwesen“, „Bildung und Kultur“, „Arbeit und Beruf“ sowie „Gesundheit“. Aus den Ergebnissen will die Kreisverwaltung dann den ersten Entwurf einer Integrationsstrategie entwickeln, die im November vorgestellt und im Dezember dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Albers sagte auf der Veranstaltung, Integration sei „keine Einbahnstraße“, sondern verlange aktiven Einsatz und das eindeutige Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaat, Toleranz und den in Deutschland gelebten Formen des gesellschaftlichen Miteinanders. „Die in unserem Land geltenden Regeln müssen anerkannt und toleriert werden.“

Ideen für ein Miteinander

WK 24/6/16

INTEGRATION Rheingau-Taunus-Kreis arbeitet weiter an Entwicklung einer Strategie für mehr Teilhabe

RHEINGAU-TAUNUS (red). Die Entwicklung einer Integrationsstrategie schreitet voran. Nach der Auftaktveranstaltung, an der Mitte Mai fast 200 Interessierte teilgenommen hatten, liegt nun die Zusammenfassung der Ergebnisse vor. Sie sollen nun die Grundlage für die weitere Arbeit in vier Workshops bilden.

Vorschläge in konkrete Projekte umsetzen

In fünf Fachforen hatten Helfer aus der Flüchtlingsarbeit, Vertreter von Organisationen und Institutionen viele konkrete Vorschläge sowie neue Ideen erarbeitet, die nun in einem zweiten Schritt konkretisiert und in Projekte umgesetzt werden sollen. Das vom Kreis beauftragte Büro „Imap“ hat die Ergebnisse aus den Fachforen jetzt in einer Dokumentation zusammengefasst; die 25 Seiten starke Ausarbeitung ist auf der Homepage des Kreises zu finden.

Um aus den Ergebnissen konkrete Vorhaben zu entwickeln, sind vier Workshops geplant, die sich mit den Themen „Arbeit und Beruf“, „Gesundheit“, „Bildung und Kultur“ sowie „Wohnen und Gemeinwesen“ befassen. „Uns geht es bei diesem Prozess um Trans-

parenz und vor allem um Teilhabe: Jeder kann teilnehmen und sich mit seinen Ideen einbringen“, so Landrat Burkhard Albers (SPD). Während der Auftaktveranstaltung konnten die Teilnehmer ihre Präferenz für ein Thema mitteilen und werden nun über den ersten Termin des Workshops informiert. Die Arbeitsgruppe der Kreisverwaltung, die den Prozess begleitet, diskutiert derzeit darüber, ob zwei weitere Workshops mit den Themen „Strukturen der Integrationsarbeit“ und „Sozialer Frieden“ eingerichtet werden sollen. Diese Themen sollen nun als sogenannte Querschnittsthemen in den vier Workshops bearbeitet werden.

Albers: Nicht alleine auf Flüchtlinge konzentrieren

Albers betont, dass die Entwicklung einer Integrationsstrategie sich nicht alleine auf Flüchtlinge fokussieren soll. „Integration bedeutet für uns: Teilhabe für alle!“ Dies betreffe ebenso Einheimische am sozialen Rand der Gesellschaft, die eingebunden werden sollen sowie Menschen mit Migrationshintergrund, die seit Jahren in Deutschland leben. Es gehe um eine Gesamt-Strategie.

Ergebnisse der Fachforen liegen nun vor *RE 30.06.16*

Entwicklung einer Integrationsstrategie: Landrat Albers eröffnet die zweite Phase

Rheingau. – „In den fünf Fachforen gab es überaus lebhaft und intensive Debatten mit einer Vielzahl von konkreten und konstruktiven Vorschlägen sowie neue Ideen, die wir gemeinsam nun in einem zweiten Schritt konkretisieren wollen, um daraus eventuell Leuchtturmprojekte zu entwickeln“, fasst Landrat Burkhard Albers die Auftaktveranstaltung zur „Entwicklung einer Integrationsstrategie für den Rheingau-Taunus-Kreis“ zusammen. Die Teilnehmer waren hochmotiviert, was sich auch in der vorliegenden Dokumentation widerspiegelt, die die Ergebnisse der Fachforen auflistet. „Uns geht es bei diesem Prozess um Transparenz und vor allem um Teilhabe: Jeder kann teilnehmen und sich mit seinen Ideen einbringen“, so Landrat Albers, der nun die zweite Phase im Rahmen der Entwicklung einer Integrationsstrategie einläutet.

Derya Can von der Düsseldorfer „imap GmbH“ hat die Dokumentation mit den Ergebnissen der fünf Fachforen vorgelegt und den Schwerpunktthemen zugeordnet. Die Vorschläge sollen nun in vier Workshops mit jeweils einem The-

ma erörtert und weiterentwickelt werden.

Vier weitere Workshops

So gibt es einen Workshop zum Thema „Arbeit und Beruf“, einen weiteren zum Thema „Gesundheit“, einen zum Thema „Bildung und Kultur“ sowie einen mit dem Titel „Wohnen und Gemeinwesen“.

Wie der Landrat weiter erläutert, diskutierten die Mitglieder der Arbeitsgruppe der Kreisverwaltung, die den Prozess von Seiten des Kreises begleitet, intensiv darüber, ob zwei weitere Workshops mit den Themen „Strukturen der Integrationsarbeit“ und „Sozialer Frieden“ – wie dies von „imap“ angeboten wurde – eingerichtet werden sollen. „Die Arbeitsgruppe war sich einig, dass die unter den beiden Punkten angeführten Vorschläge und Ideen als sogenannte Querschnittsthemen in den vier Workshops bearbeitet werden sollen“, so der Landrat.

Landrat Albers weist auch noch einmal darauf hin, dass die Entwicklung einer Integrationsstrategie sich nicht

alleine auf Flüchtlinge fokussieren soll. „Integration bedeutet für uns: Teilhabe für alle!“ Das sind Einheimische am sozialen Rand der Gesellschaft, „die wir wieder einbinden wollen“, Menschen mit Migrationshintergrund, die seit Jahren in Deutschland leben, und die in den vergangenen Monaten zu uns gekommenen Flüchtlinge.

Die Dokumentation mit den Ergebnissen der Fachforen ist auf der Homepage des Rheingau-Taunus-Kreises unter www.rheingau-taunus.de/migration/integrationsstrategie.html abrufbar. Der erste Workshop mit dem Titel „Arbeit und Beruf“ findet am Dienstag, 5. Juli, von 16 bis 19 Uhr, statt. Der zweite mit dem Titel „Gesundheit“ ist am Mittwoch, 6. Juli, von 16 bis 19 Uhr. Der Workshop „Bildung und Kultur“ ist für Dienstag, 12. Juli, 16 bis 19 Uhr, terminiert und der vierte Workshop „Wohnen und Gemeinwesen“ für Mittwoch, 13. Juli, ebenfalls von 16 bis 19 Uhr. Die Workshops finden in der Cafeteria des Kreishauses in Bad Schwalbach, Heimbacher Straße 7, statt.

Stimmungsbild im Workshop: motiviert & engagiert

Beteiligungsprozess zur „Entwicklung einer Integrationsstrategie im Kreis“ in der zweiten Phase

Rheingau. – „Ich war zu Beginn eher skeptisch, ob der Rheingau-Taunus-Kreis wirklich einen Beteiligungsprozess zur 'Entwicklung einer Integrationsstrategie' aufsetzt, wie es in der Auftaktveranstaltung hieß“, berichtet eine Teilnehmerin des Workshops „Arbeit und Beruf“. Die Skepsis ist verflogen. Mit großem Elan arbeiten zirka 40 Bürgerinnen und Bürger des Kreises im ersten Workshop mit, einen Tag später sind es etwa 25; die Vorschläge sammeln und Erfahrungen rund um das Thema „Gesundheit“ austauschen. Eine offene und diskussionsfreudige Atmosphäre herrscht dann auch. „Motiviert, sehr engagiert, kreativ und konstruktiv“, zeichnet Derya Can, Moderatorin vom „imap“-Institut, ein positives Stimmungsbild aus den ersten beiden Workshops.

In der Auftaktveranstaltung mit den fünf Fachforen gab es eine Vielzahl von konkreten und konstruktiven Vorschlägen sowie neue Ideen, die der Partner des Kreises während des Prozesses, die „imap GmbH“, geordnet, zugeteilt und dann in einer Dokumentation zusammengefasst hat. „Die vielen Vorschläge und Anregungen wol-

len wir nun in den vier Workshops gemeinsam mit den Menschen aus unserem Kreis im zweiten Schritt konkretisieren, um daraus Projekte und eine Integrationsstrategie, vielleicht für jeden der vier Themenschwerpunkte ein Leuchtturmprojekte zu entwickeln“, fasst Landrat Burkhard Albers den Beteiligungsprozess zusammen. „Wir haben ganz konsequent auf Bürgerbeteiligung und Transparenz in diesem Prozess gesetzt und die Resonanz gibt uns Recht“, so Albers.

So sitzen Fachleute aus vielen unterschiedlichen Bereichen, Ehrenamtliche aus der Flüchtlingsarbeit, Integrationslotsinnen, Menschen verschiedener Kulturen zusammen, um über die richtige Strategie zur Integration zu sprechen. Diese Strategie soll nicht alleine auf Flüchtlinge fokussieren sein. So betont Susanne Schneider, die von Seiten des Kreises den Prozess koordiniert: „Integration heißt für uns: Teilhabe für alle!“ Das sind Einheimische am sozialen Rand der Gesellschaft, „die wir einbinden wollen“, Menschen mit Migrationshintergrund, die seit Jahren in Deutschland leben, und die in den vergangenen Monaten in den Kreis gekommenen Flüchtlinge.

Welche Möglichkeiten gibt es nun, jene Flüchtlinge im Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Workshop „Arbeit und Beruf“ ist schnell klar: „Alles geht nur über eine angemessene Anzahl an Sprachkursen.“ Es werden aber auch mehr 1-Euro-Jobs gefordert. Paten sollen bei der Eingliederung von Flüchtlingen in Betrieben helfen, um so auch interkulturelles Verständnis zu ermöglichen. Es gelte die „öffentlich geförderte Beschäftigung auszuweiten“, so eine Forderung. Es gebe aber auch Möglichkeiten, die laut Dr. Carola Völkel, Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit, trotz intensiver Bewerbung der Arbeitsagentur fast kaum wahrgenommen wird. Bei der Einstiegsqualifizierung handelt es sich um eine Qualifizierungsmaßnahme vor der

Ausbildung.

Dabei kann ein Arbeitgeber beispielsweise einen jungen Flüchtling aufnehmen, um ihn an eine eventuelle Ausbildung in dem Betrieb heranzuführen. Dr.

Carola Völkel: „Für Arbeitgeber und den Flüchtling ist dies eine Win-Win-Situation.“ Der Arbeitgeber sieht, ob der Kandidat die erforderlichen Fähigkeiten hat, der Kandidat lernt den Beruf und Betrieb von innen kennen.

Auch im Workshop „Gesundheit“ gibt es schnell eine intensive Debatte. „Es geht um die traumatisierten Flüchtlinge, die nicht auffällig werden, bei denen die Symptome nur sehr schwer erkennbar sind. Wie können wir auch versteckte Symptome erkennen?“ Fachärzte sehen bei diesem Thema erheblichen Handlungsbedarf. Es geht aber auch um weitere medizinischen Beratungen und Beratungsstellen; etwa für Eltern von Kindern und Neugeborenen. Die Eltern benötigen Hilfe bei der Ernährung, beim Umgang mit ihrem Neugeborenen. „Eine Mutter lässt ihr Baby stundenlang auf dem Rücken liegen. Die Wirbelsäule soll schön geschädigt sein“, erzählt eine ehrenamtliche Helferin.

So fragt dann auch ein Arzt: „Welches Verständnis haben die Flüchtlinge von Gesundheit.“ Deshalb wird auch schnell ein Runder Tisch „Gesundheit“ im Rheingau-Taunus-Kreis eingerichtet werden, um Fachfragen klären und medizinische Hilfe anbieten zu können. Um interkulturelles Verständnis auf beiden Seiten zu ermöglichen, regen Teilnehmerinnen Kurse an: gemeinsames Kochen oder ein Austausch über Themen wie Erkältung und Ernährung. Vorschläge, die nun von „imap“ erneut zusammengefasst werden. Ende August/ Anfang September findet dann eine zweite Runde in den jeweiligen Workshops statt, um daraus Projekte zu entwickeln.

RE 21.7.16

Berührungsgängste abbauen – Kommunikation stärken

Zwei weitere Workshops tagten / Begegnungsstätten schaffen / Lob für engagierte Teilnehmer

Rheingau. – „Berührungsgängste abbauen – Kommunikation stärken“ – auf diese eigentlich einfache Formel bringen es die Diskutanten an einem der Tische in der Cafeteria des Kreishauses. Es ist Mittwoch, der vierte Workshop mit dem etwas sperrigen Titel „Wohnen und Gemeinwesen“ tagt und wieder sind über 30 Bürgerinnen und Bürger, junge und ältere, Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund gekommen, um aktiv bei der Entwicklung einer Integrationsstrategie für den Rheingau-Taunus-Kreis mitzuwirken. Sie diskutieren und notieren ihre Vorschläge mit einem solch großen Elan, dass sie von Moderatorin Derya Can von der den Prozess begleitenden „Imap GmbH“ ein wenig gebremst werden müssen. „Sie sind wirklich engagierte und produktive Teilnehmer“, lobt die Moderatorin dann auch. Insgesamt sind es über 140 interessierte und engagierte Personen aus dem Kreis, die sich an den vier Workshops mit den Schwerpunkten „Arbeiten und Beruf“, „Gesundheit“, „Bildung und Kultur“ sowie „Wohnen und Gemeinwesen“ und somit am Beteiligungsprozess zur Entwicklung einer Integrationsstrategie beteiligen. Sie eint der Wunsch, eine Strategie zu erarbeiten, der es gelingt, Menschen mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge sowie Menschen am Rand der Gesell-

schaft zu integrieren. „Wir wollen, dass alle in der Gesellschaft eingebunden werden und so ein möglichst konfliktfreies Zusammenleben erfolgt.“ Wichtig ist den Teilnehmern, dass die vorhandenen Berührungsgängste abgebaut, die Kommunikation von Deutschen und Neubürgern verbessert und Begegnungsstätten in den Kommunen des Kreises geschaffen werden. Über allen Redebeiträgen steht dabei: „Integration ist keine Einbahnstraße.“ Stattdessen wollen die Beteiligten Dialoge fördern. Flüchtlinge können über ihr Leben berichten, über ihre Fähigkeiten. „Kulturelle Veranstaltungen, wie Musik-Festivals etwa, bei denen Flüchtlinge Musik aus ihren Ländern präsentieren.“ Die Veranstaltung „1.000 Bücher – 1.000 Sprachen“ wird erwähnt, bei der Kinderliteratur aus unterschiedlichen Kulturen gezeigt und vor allem: „Es wird aus den Büchern vorgelesen.“ „Alle Menschen singen gerne“, sagt eine Frau spontan. Warum soll es also kein gemeinsames Chorprojekt geben? Jugendliche könnten Filme drehen, um über ihre jeweilige Lebenserfahrung zu berichten. An Vorschlägen mangelt es nicht, um die Menschen zusammenzuführen und nicht zu trennen. Dabei geht es aber vor allem auch um die Devise: „Fordern und fördern!“

Ganz wichtig ist den Teilnehmern aber auch der Austausch. Es fehlt das Wissen über Maßnahmen, die in anderen Kommunen oder im anderen Teil des Kreises erfolgreich durchgeführt wurden. Die Einrichtung einer Plattform im Internet für den Kreis wird angeregt, die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, die wichtige Informationen bereithält. Durch diese Transparenz, „wollen wir auch Menschen mitnehmen, die sich bisher noch nicht in der Flüchtlingsarbeit engagiert haben“. „Wir brauchen eine aufgeklärte Bevölkerung“, so die junge Frau. Ein weiteres Thema, das auf den Nägeln brennt, ist die Schaffung von Wohnraum. Doch wie kann der Kreis oder Kommunen schnell und unbürokratisch Wohnungen bauen. Bürokratische Hemmnisse müssten dazu erste einmal abgebaut werden. Es gibt aber auch konstruktive Vorschläge: „Miet-Päten“; Menschen, die Flüchtlingen bei der Suche nach einer Wohnung beistehen. Und es gibt gutgemeinte Ratschläge: „Keine Ghettobildung“ oder „Einrichtung eines gezielten Quartier-Managements“. Ende August / Anfang September gehen die Workshops in die zweite Runde, um dann aus den Vorschläge Modellprojekte und Maßnahmen zu entwickeln, die im Kreis umgesetzt werden sollen.

„Zeichen gegen die Spaltung der Gesellschaft“

INTEGRATION Workshops arbeiten Konzepte für ein Strategiepapier aus

WK 22.10.16

RHEINGAU-TAUNUS (red). Auch die zweite Runde der Workshops zur Entwicklung einer nachhaltigen Integrationsstrategie für den Kreis ist abgeschlossen. Rund 120 Teilnehmer diskutierten über mehr als 20 Projekte für die Themenschwerpunkte „Arbeit und Beruf“, „Wohnen und Gemeinwesen“, „Gesundheit“ und „Bildung und Kultur“ und prüften sie auf ihre Umsetzbarkeit.

Friedliches Zusammenleben im Kreis ermöglichen

„Mittlerweile liegen bereits ausgearbeitete Konzepte für die Realisierung von vorgeschlagenen Projekten vor“, so die Koordinatorin Susanne Schneider. Die Konzepte fließen – so die Planung – in das Strategiepapier ein, das wiederum den

politischen Gremien abschließend zur Beschlussfassung vorgelegt wird. „Die Teilnehmer der Workshops setzen damit ein klares Zeichen gegen Spaltung der Gesellschaft und für Integration.“

Diese Vorschläge kommen aus der Mitte der Gesellschaft des Rheingau-Taunus-Kreises und sollen ein friedliches Zusammenleben im Kreis ermöglichen. „Es herrschte ein besonderer Geist in den Workshops, der getragen war von dem Willen, neue Projekte zu kreieren und ein konkretes Verfahren zur Realisierung vorzulegen“, betont ein Teilnehmer des Workshops.

Der Prozess zur Entwicklung einer nachhaltigen Integrationsstrategie wurde Mitte Mai eröffnet und ist auf Beteiligung und

Transparenz ausgerichtet. Ziel war ein offener Prozess für die Entwicklung einer Integrationsstrategie, an dem möglichst viele Menschen und Institutionen aus dem Kreis mitwirken, um sich mit ihren Erfahrungen und Vorschlägen einzubringen und der für alle nachvollziehbar ist. Diese Vorgabe wurde in den Workshops erreicht. Konstruktive, an der Vorgabe orientierte Themen erörterten die vielen Teilnehmer. Albers: „Wer gesehen hat, wie intensiv und mit Herzblut in den Workshops und in den einzelnen Arbeitsgruppen debattiert wurde, der weiß, dass es allen um eine richtungsweisende Integrationsstrategie geht.“

Fokus nicht allein auf Flüchtlinge gerichtet

Der Fokus ist dabei nicht alleine auf Flüchtlinge gerichtet. „Unser Verständnis von Integration lautet: Teilhabe für alle!“ Das sind Einheimische am sozialen Rand der Gesellschaft, „die wir einbinden wollen“, Menschen mit Migrationshintergrund, die seit vielen Jahren in Deutschland leben, und die in den vergangenen Monaten zu uns gekommenen Flüchtlinge. Albers: „Es geht um eine Gesamtstrategie und damit um Antworten auf Fragen, die aktuell diskutiert werden: Wie gelingt es uns, die Menschen, die derzeit noch am Rand stehen, in die Gesellschaft zu integrieren, ohne einzelne Gruppen zu benachteiligen.“ Denn: Im Rheingau-Taunus-Kreis soll ein nachhaltiges, friedliches Miteinander möglich sein.